

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Westpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 25. Verlag: Otto Sittler, Berlin N. 28, Telefon: Amt III, 5246. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheideitz. Redaktionsschluß: Sonnabend.

Insertion.

Für die viergespaltene Pettizelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Ueberelinkunft.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen. Die Beschlüsse des Dresdner Gewerkschaftskongresses II. Rundschau. Soziale Monatsschau. Die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Erziehungsarbeit. Eingelegene Gelder. — **Allgemeines:** Die Bildungsarbeit der Berliner Filialen I. Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnerböhung? Fachschulreklame in den photographischen und photomechanischen Berufen. Ortsberichte: Düsseldorf, Kattowitz, Selb. — **Der Lithograph:** Deutscher Lithographenbund in Liquidation, Abrechnung. — **Die photomech. Fächer:** Berufskrankheiten im Lichtdruckgewerbe. — **Photographischer Mitarbeiter:** Auch eine Berichtigung. Redaktionswechsel. Die Bedeutung der Farbentographie für die Wissenschaft. — **Die Tapetenbranche:** Gegen die Sonderorganisation der Tapeten drucker. — **Anzeigen.**

Amerika.

Wir machen alle unsere deutschen Formstecher-Kollegen, die nach Amerika auswandern wollen, dringend aufmerksam, bevor sie diesen Schritt tun, erst genaue Erkundigungen einzuholen. Unsere Berufsverhältnisse sind dort nicht die besten; wir werden demnächst in der Lage sein, darüber näheres zu berichten. Also Vorsicht! Zu näherer Auskunft ist der amerikanische Formstecherverband gern bereit. Die Adresse ist: Richard H. Scheller, Nat. Secty-Treas der National Print Cutters Association of America, 229 Hancock Ave., Jersey City, N. J. Die Zentralkommission der Formstecher Deutschlands. I. A.: Carl Schubart, Lichtenberg b. Berlin, Rittergutstr. 24.

Achtung!

Ortsgruppenvorstände oder Kollegen, denen der Aufenthalt des Steindruckers Richard Karl Süß bekannt ist, werden höflichst um diesbezügliche Mitteilung ersucht. Oesterreichischer Senefelder-Bund, Warnsdorf. I. A.: Edm. Jahn, Rathausstr. 1866.

Die Beschlüsse des Dresdener Gewerkschaftskongresses.

II.

Der Berliner Rechtsanwalt Dr. Heinemann referierte im Anschluß an das Referat des Reichstagsabgeordneten Schmidt über das Koalitionsrecht in Deutschland und den Vorentwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuche. Er unterbreitete dem Kongreß eine Resolution, die sich gegen die verschärfen Bestimmungen des neuen Entwurfes richtet. Sie besagt, daß zurzeit schon das Koalitionsrecht theoretisch anerkannt sei, seine Durchführung aber in der Praxis durch kleinliche Rechtsauslegung und veraltete Gesetzgebung erschwert und oft unmöglich gemacht wurde. Das wird dadurch erreicht, daß man den Begriff Erpressung auf den ehrlichen Arbeiter anwendet, der unter Ankündigung der Arbeitsniederlegung höheren Lohn fordert. Die Unhaltbarkeit dieses Zustandes erkennen die Motive des oben genannten Entwurfes an, und man will dadurch Abhilfe schaffen, daß das Tatbestandsmerkmal der Abnötigung eines Vermögensvorteils in den Begriff der Erpressung eingefügt wird. Hierdurch würde aber an der Rechtsprechung nichts geändert, wohl aber könnten dann Arbeiter sogar noch mit Arbeitshaus oder gar mit Zuchthaus bestraft werden. Die Möglichkeit der heutigen Klassenurteile nebst dem ominösen § 153 der Gewerbeordnung läßt der Entwurf fortbestehen. Der Entwurf würde sich durch seine Bestimmungen als die rücksichtsloseste Klassenjustiz darstellen. Die §§ 184 und 185 des Entwurfes rauben allen Arbeitern, die im Betriebe einer Eisenbahn, der Post, einer Telegraphen-, Fernsprech- oder Rohrpostanlage sowie einer zur öffentlichen Versorgung mit Wasser oder Beleuchtung dienenden Anstalt beschäftigt sind, das Koalitionsrecht. — Der Gewerkschaftskongreß forderte die Beseitigung der Erschwerung des Koalitionsrechts und die Aufnahme von Strafbestimmungen in das Strafgesetzbuch gegen die Unternehmer, welche die Arbeiter an der Ausübung des Koalitionsrechts hindern. Der Referent wies nach, in welcher Weise die betreffenden Be-

stimmungen ausgelegt werden können und was man nach dem Gesetzwerden dieses Entwurfes zu erwarten hat. Dieser gehe weit über die frühere Zuchthausvorlage hinaus und sei ein *Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter unter dem Anschein des gemeinen Rechts*. Heinemann zitierte die Worte Belbels über die herrschenden Klassen: »Im Bewußtsein ihrer Ohnmacht ist die Gewalt der einzige Faktor, zu dem sie Vertrauen haben.« Mit dem Appell, bei den kommenden Reichstagswahlen dafür zu sorgen, daß eine Volksvertretung gewählt werde, die den Entwurf ablehne, schloß der Redner unter brausendem Beifall seine Ausführungen. Seine Resolution wurde nach ausgedehnter Diskussion einstimmig angenommen. Das Referat Heinemanns soll in Massen gedruckt und verbreitet werden. Ferner nahm der Kongreß noch folgenden Antrag an: »Der 8. Gewerkschaftskongreß erhebt Protest gegen die parteiische Stellungnahme der staatlichen und kommunalen Behörden bei der Aussperrung der Steinsetzer im Regierungsbezirk Merseburg, die darauf hinausläuft, den Unternehmern nicht bloß die Uebermacht im wirtschaftlichen Kampfe zu sichern, sondern auch den Abschluß von Tarifverträgen unmöglich zu machen und zugleich den ausgesperrten Arbeitern das Koalitionsrecht zu rauben.«

Zu Punkt *Arbeitsnachweis und Arbeitslosen-Unterstützung* wurde nach Umbreits eingehendem Referat folgende Resolution angenommen: »Die Arbeitslosenfürsorge ist eine öffentliche Pflicht, die das ungesäumte und tatkräftige Eingreifen von Reich, Staat und Gemeinde im Wege der Gesetzgebung und Verwaltung erfordert. Eine umfassende Arbeitslosenfürsorge ist nur möglich auf der Grundlage ständiger Einrichtungen der Arbeitslosenstatistik, der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenversicherung und im Zusammenwirken mit den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse. Die Arbeitslosenstatistik ist dauernd mit Hilfe der Gewerkschaften aufzunehmen. Die Arbeitsvermittlung ist durch das Verbot der privatgewerblichen Stellenvermittlung und durch Errichtung öffentlicher, gemeinnütziger und gebührenfreier Arbeitsnachweise unter paritätischer Leitung zu fördern. Bei Streiks und Aussperrungen ist jede Vermittlung von Arbeitskräften desselben Berufs an bestreikte oder aussperrnde Arbeitgeber einzustellen. Den Gewerkschaften wird empfohlen, ihre Arbeitsnachweise als »Facharbeitsnachweise« der öffentlichen Arbeitsvermittlung anzuschließen. Die Arbeitslosenversicherung ist auf der bewährten Grundlage der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung dergestalt zu organisieren, daß das Reich den Gewerkschaften einen Teil der für die Arbeitslosenfürsorge gemachten Aufwendungen zurückvergütet, ohne sie in ihrer freien Selbstverwaltung zu beeinträchtigen. Der Kongreß empfiehlt erneut allen Gewerkschaften den Ausbau ihrer Einrichtungen zu Unterstützungen der Arbeitslosen. In staatlichen und gemeindlichen Zuschüssen zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenfürsorge erkennt der Kongreß

Bekanntmachungen.

Streik in Gera.

Unsere Kollegen stehen seit 7. ds. Mts. im Streik. Zuzug ist fernzuzulassen! Der Hauptvorstand.

Gesperrt.

Leipzig. Aarland & Müller (für Chemigraphen).

Die Steindrucker der Firma Schäfer & Kirsch in Schkeuditz bei Leipzig legten am 3. Juli die Arbeit nieder. — Die Firma Liebich & Kuntze in Leipzig hat einem Teil ihres Personals durch Schreiben eine Lohnreduktion angeboten, die bis zu 5 Mk. pro Woche beträgt. Die nicht von der Lohnherabsetzung betroffenen organisierten Arbeiter haben sich solidarisch erklärt. Es wird also zu einem Abwehrstreik kommen, wenn die Firma ihre Maßnahme nicht rückgängig macht. Beide Firmen sind für Lithographen und Steindrucker gesperrt. Der Hauptvorstand.

Böhmen ist gesperrt!

Von der Zentrale des Oesterreichischen Senefelderbundes geht uns die Nachricht zu, daß fortgesetzt von deutschen Kollegen Anfragen einlaufen zwecks Engagement nach Böhmen, trotzdem fortwährend darauf hingewiesen wird, daß ganz Böhmen bis auf weiteres gesperrt ist, siehe auch unsere Bekanntmachung in Nr. 21 der Graph. Presse. Wir geben deshalb nochmals nachstehende Mitteilung der Zentrale des Oesterreichischen Senefelder Bundes bekannt, mit der Aufforderung, daß sich alle deutschen Kollegen hiernach zu richten haben.

Der Hauptvorstand.

Die Sperre über Nord- und Westböhmen bleibt untrecht. Bis auf weiteres wird in ganz Nord- und Westböhmen an zu- oder durchreisende Mitglieder des Oesterreichischen Senefelder-Bundes, desgleichen an Mitglieder von Gegenseitigkeitsvereinen keine Reise- und Umzugsunterstützung mehr ausbezahlt. Reise- und Umzugsunterstützung in Nord- und Westböhmen wird nur an solche Mitglieder bezahlt, die abreisen, sei es in einen anderen Druckort Oesterreichs oder nach dem Ausland. Eine Aufnahme von Mitgliedern in den Oesterreichischen Senefelder-Bund findet außer freigeordneten Kollegen in Nord- und Westböhmen nicht statt.

Ausgenommen von diesen Bestimmungen sind alle Mitglieder des Inlandes und der ausländischen Gegenseitigkeitsvereine, die vom Zentralausschuß die Zustimmung erhalten, in Nord- und Westböhmen Konditionen annehmen zu können.

Die Funktionäre werden angewiesen, obige Bestimmungen streng einzuhalten, und bleiben dieselben so lange in Kraft, bis sie vom Zentralausschuß widerrufen werden.

Die Zentralausschüsse der Gegenseitigkeitsvereine und deren Fachblätter werden ersucht, diese in Nord- und Westböhmen notwendigen Maßnahmen ihren Mitgliedern zur Kenntnis zu bringen.

Der Zentralausschuß.
Wien VII, Zieglergasse 25.

einen geeigneten Weg zur Verallgemeinerung der öffentlichen Arbeitslosenfürsorge im Sinne einer reichseinheitlichen Regelung. Im Referat sowohl als auch in der Diskussion wurde auf den Terrorismus der Unternehmer hingewiesen, den diese durch ihre Arbeitsnachweise ausüben. Nicht minder wurde das System der schwarzen Listen beleuchtet und dargetan, daß das Stellenvermittlergesetz vollständig ungenügend ist. Die Frage der Arbeitslosenfürsorge und Versicherung sei mit die wichtigste der Gegenwart, da die wechselnde Konjunktur bis zu einer Million Arbeitslose pro Tag aufs Pflaster werfe! Die heutigen Ansätze zur Arbeitslosenversicherung wurden als ungenügend bezeichnet.

Bei dem nächsten Punkt der Tagesordnung: Die Stellung der Privatbeamten im Wirtschaftsleben, begründete der Referent Lange (Handlungsgehilfe) eine Resolution, die sich gegen die von der Regierung und den Unternehmern künstlich gezüchtete Sonderstellung der Privatangestellten wendet. An ein Selbständigwerden können die meisten nie mehr denken; sie gehören deshalb mit den Arbeitern in eine Kampfesfront. — In der Diskussion wurde die Zersplitterung durch Schaffung neuer bürgerlicher kaufmännischer Vereine verurteilt. Auch hier stellte sich der Kongreß auf den Standpunkt des Referenten und nahm die Resolution einstimmig an.

Eine Reihe Anträge, die sich auf Grenzstreitigkeiten beziehen, wurden entweder zurückgezogen oder nicht genügend unterstützt. Der Antrag mehrerer Zahlstellen des Verbandes der Schiffszimmerer: »In Anbetracht, daß die wirtschaftlichen Kämpfe einen immer schärferen Charakter annehmen und die Taktik der Unternehmerverbände dahin geht, durch große Ausprägungen den Arbeitern ihren Willen aufzuzwingen, werden die Branchenverbände aufgefordert, sich zu leistungsfähigen Industrieverbänden zu vereinigen oder sich an solche anzuschließen«, wurde ohne Debatte mit großer Mehrheit angenommen.

Von ganz besonderer Bedeutung war die Stellungnahme zu dem Punkt: *Bildungsbestrebungen und Bibliothekwesen in den Gewerkschaften*, worüber Sassenbach referierte. Er gab zunächst einen Ueberblick über die bisherigen Erfolge, betonte aber, daß noch viel mehr auf dem Gebiete des Vortrags- und Bibliothekwesens zu leisten notwendig sei. Er empfahl nachfolgende Leitsätze, die einstimmig angenommen wurden: 1. Die Gewerkschaften haben die Aufgabe, die Mitglieder mit Fragen des öffentlichen Lebens bekannt zu machen und ihnen Kenntnisse zu vermitteln, die geeignet sind, sie als Menschen zu heben und als kämpfende Arbeiter in ihren Kämpfen zu unterstützen. Die Erweiterung der Elementarkenntnisse der Volksschule ist nicht Aufgabe der Gewerkschaften. Wo von dritter Seite solche Versuche gemacht werden, können sie durch die Gewerkschaften gefördert werden. 2. Die Vorträge in den Gewerkschaftsversammlungen sind systematischer zu gestalten. Es wird empfohlen, die Vorträge für eine längere Zeit vorher festzulegen. Bei dem Wechsel der Mitglieder erscheint es nicht angängig, in den regelmäßigen Versammlungen Vortragskurse zu veranstalten, dagegen ist zu empfehlen, daß die Vorträge eines Halbjahres zu einander in Beziehung stehen. Soweit einzelne Organisationen imstande sind, für sich selbst Vortragskurse zu veranstalten, möge dieses außerhalb der regelmäßigen Versammlungen geschehen. 3. Die Veranstaltung von Vortragskursen, die allen Gewerkschaftsmitgliedern zugänglich sind, wird den örtlichen Bildungsausschüssen überlassen. In Ermangelung eines solchen kann das Gewerkschaftskartell Vortragskurse veranstalten. Voraussetzung der Beteiligung am Bildungsausschuss ist, daß die Gewerkschaften in ihm in paritätischer Weise vertreten sind und daß diejenigen Lehrgegenstände, die das Gebiet der Gewerkschaften behandeln, im Sinne der Gewerkschaften vorgetragen werden. 4. Den Gewerkschaftsfunktionären an den einzelnen Orten

sollen durch Vortragskurse, die das Gewerkschaftskartell veranstaltet, eine genaue Kenntnis der gewerkschaftlichen Grundsätze vermittelt werden. Den Gewerkschaften wird empfohlen, den künstlerischen Bedürfnissen ihrer Mitglieder in geeigneter Weise Rechnung zu tragen. 5. Die Literaturbeilage des »Correspondenzblattes« ist so auszugestalten, daß sie den Bibliothekaren bei der Einrichtung, der Ergänzung und technischen Verwaltung der Bibliotheken als Ratgeber dienen kann. 6. Im einzelnen werden beim Bibliothekwesen folgende Grundsätze anerkannt: a) Zentralbibliotheken der gesamten Arbeiterschaft eines Ortes mit genügenden, in den verschiedenen Stadtteilen gelegenen Ausgabestellen sind der jetzigen Zersplitterung vorzuziehen. b) Wo die Möglichkeit besteht, eine Bibliothek anzustellen, ist dieses anzustreben. Bei der Wahl des Bibliothekars ist darauf zu sehen, daß er nicht allein imstande ist, die technischen Arbeiten zu erledigen, sondern daß er auch literarisches Verständnis hat und es versteht, in freundlicher und angemessener Weise den Besuchern bei der Auswahl von Büchern behilflich zu sein. c) Die Ergänzung der Bibliothek hat laufend und gleichmäßig zu erfolgen. Dem Bibliothekar in Gemeinschaft mit der Bibliothekskommission ist im voraus ein Jahreskredit zu bewilligen, innerhalb dessen sie aus eigenem Entschluß neue Bücher anschaffen können. d) Der Gewerkschaftsliteratur ist mehr Platz einzuräumen. e) Gute Unterhaltungslektüre ist geeignet, anregend auf den Leser zu wirken. Hier dürfte es sich empfehlen, die neuere Literatur mehr als bisher zu berücksichtigen.

Dann hatte der Tabakarbeiterverband im Hinblick auf die schlechte Lage des Berufes, die durch die Zollpolitik der Mehrheitsparteien geschaffen ist, eine Resolution vorgelegt, die verlangt, Tabakfabrikate nur von tariffreien Firmen zu kaufen. Auch diese wurde einstimmig angenommen.

Eine Fülle von Arbeit hat der Kongreß geleistet und gezeigt, daß die Arbeiterschaft willens ist, unermüdet um ihre Befreiung vom kapitalistischen Joch zu kämpfen. Die Beschlüsse aber in die Tat umzusetzen, dazu ist die Mitwirkung jedes Einzelnen notwendig. Aufklärung und Bildung in die Massen zu bringen, dazu hat der Kongreß die Wege gezeigt. Macht sich die Arbeiterschaft die vom Kongreß gegebenen Anregungen und Beschlüsse zu eigen, dann kommen wir wieder ein gut Stück weiter in der Bekämpfung des Kapitalismus und der Befreiung der Arbeiterklasse.

Rundschau.

Der Arbeitsmarkt im Monat Mai 1911. Nach den Berichten aus der Industrie hat sich, dem »Reichsarbeitsblatt« zufolge, die Lage auf dem Arbeitsmarkt im Mai im großen und ganzen gegen den Vormonat weiter gehoben. Besonders im Baugewerbe hielt infolge der guten Witterung die im vorigen Monat begonnene Besserung des Beschäftigungsgrads in den meisten Teilen Deutschlands an. Auf dem Ruhrkohlenmarkt ist gegenüber dem Vormonat eine kleine Abschwächung eingetreten. Im Saarrevier konnten größere Mengen Kohlen im Vergleiche zum Vormonat gefördert und abgesetzt werden. Die ober- und niederschlesischen Kohlenwerke klagten über Mangel an Absatz. In der Braunkohlenindustrie war der Geschäftsgang im allgemeinen befriedigend. Gut war die Beschäftigung in der Metall- und Maschinenindustrie, in der elektrischen, chemischen Industrie, im Bekleidungs- und Papiergewerbe wie auch im Schiffbau- und Speditionsgewerbe. Dagegen wird in der Textilindustrie, hauptsächlich von den Baumwollspinnern und Webern noch immer über ungenügenden Geschäftsgang und vielfach über gedrückte Preise geklagt. Unbefriedigend war größtenteils die Lage in der Tafelglas-, Kalk- und Papierindustrie, dagegen hatte die Holzindustrie durchschnittlich befriedigenden Geschäftsgang. Die Buchdruckereien waren zum größten Teil befriedigend beschäftigt, nur ein Bericht aus Leipzig spricht sich recht ungünstig über den Geschäftsgang aus. In den Buchbindereien hat der gute Geschäftsgang gegenüber den Vormonaten keine Veränderung erfahren. In der Tapetenfabrikation hat die Beschäftigung entsprechend der abflauenden Nachfrage infolge der vorgerückten Saison im allgemeinen nachgelassen. Zu dieser Jahreszeit halten die Geschäfte die Aufträge zurück, da im Laufe des Mai die neuen Muster erscheinen. — Die Arbeitslosenziffern der

Fachverbände lassen auf eine Besserung gegenüber dem Vormonat und Vorjahre schließen. Von den 1890651 Mitgliedern der 47 Fachverbände, die im Mai berichtet haben, waren 1,6 v. H. Arbeitslose gegen 20 v. H. in demselben Monat des Vorjahres und 1,80 v. H. im April d. J. bei Gegenüberstellung der gleichen Verbände. Wie die Verhältnisse im polygraphischen Gewerbe aussahen, veranschaulicht nachstehende Tabelle:

Die Arbeitslosigkeit im polygraphischen Gewerbe im Mai stand nach den Mitteilungen des Reichsarbeitsblattes wie folgt:

Organisation	Mitgliederzahl am Monatsende	Arbeitslose am Monatsende		Arbeitslose auf 100 Mitglieder	
		Ort	auf d. Reide	Ende Mai 1911	Ende Mai 1910
Buchdrucker . .	53960	954	178	2,1	4,0
Buchbinder . .	29305	674	58	2,5	3,1
Graph.Hilfsarb.	16224	218	17	1,4	1,3
Lith. u. Steindr.	16897	563	105	4,0	4,9
Notenstecher	430	—	—	—	0,5
Xylographen . .	464	29	—	6,3	5,0
Gutenbergsbund	3060	25	3	0,9	1,6
Graphisch. Gewerbe (Chr.)	1568	12	3	1,1	1,4
Graphisch. Berufe (H.-D.)	1668	5	—	0,3	0,4

Aus den Handelskammerberichten 1910 Nürnberg. Hauptsächlich klagt der Bericht über die in allen Ländern durch Einführung von Schutzzöllen erschwerten Absatzverhältnisse, die für manche Industrien direkt hindern wirken, und ersieht nur eine Besserung in der Aenderung unserer Zollverhältnisse. Die chromolithographische Industrie hat ein recht ungünstiges Jahr hinter sich. Das Ausland hat durch Zölle den einst hervorragenden Export fast ausgeschlossen. So erhebt Amerika für die gangbarste Sorte Abziehbilder nicht weniger als 6 Mk. Zoll per Kilo, der Export in diesen Artikeln hat daher auch nahezu aufgehört. Die Amerikaner lassen in Deutschland zumeist nur noch lithographieren und drucken dann selbst, ja sie treten schon als Konkurrenten auf dem deutschen Markt auf und bringen ihre Fabrikate, z. B. Postkarten in Chromdruck, jetzt schon in großen Mengen nach Deutschland; England deckt seinen Bedarf immer mehr im eigenen Lande, Frankreich ist durch hohe Zölle ganz verschlossen und auch die übrigen Länder errichten hohe Zollschranken oder erschweren die Einfuhr durch wechselnde Auslegung der Zollerbestimmungen. Dadurch wird der Konkurrenzkampf im Inland immer schärfer, die Preise gedrückt und die Betriebe gezwungen, zu immer unlohnenderen Bedingungen Aufträge zu übernehmen. Eine Folge dieser ungünstigen Geschäftsverhältnisse ist die Flucht ins Ausland. Einzelne Betriebe lassen jetzt schon im Auslande arbeiten und es hat den Anschein, daß in den folgenden Jahren dies in noch größerem Umfange geschehen wird. — In der Blechdruckerei war ein guter Geschäftsgang zu verzeichnen, sodaß sich manchmal ein empfindlicher Mangel an Arbeitskräften bemerkbar machte. Dies wurde Anlaß zu Lohnbewegungen. Das Geschäft hätte von einem guten zu einem glänzenden werden können, wenn nicht durch die Zollschranken dem Abatze oft unüberwindliche Schwierigkeiten in den Weg gelegt worden wären. England zwingt sogar durch Patentgesetz die Deutschen zur Errichtung von Niederlassungen. — *Schwerin i. Meckl.* Die Stein-druckereien hatten nach dem Jahresbericht der Mecklenburgischen Handelskammer für das Jahr 1910 auch im Berichtsjahre flott zu tun, so daß die Maschinen voll ausgenutzt werden konnten. Doch ließen die Preise noch immer zu wünschen übrig. In den Preisen der Materialien traten nur geringe Veränderungen ein.

In der Farbenfabrik von Otto Baer in Radebeul bei Dresden befindet sich die gesamte Arbeiterschaft im Streik. Die Firma versuchte, bis jetzt gewährte Vergünstigungen, z. B. Freigabe eines halben Tages zum Schützenfest, Weihnachtsgratifikation usw. zurückzuziehen. Die Arbeiterschaft war natürlich mit diesen Verschlechterungen nicht einverstanden; diesbezügliche Verhandlungen mit der Firma scheiterten, weshalb die Arbeiter in den Streik traten. Die Firma bemüht sich, den Betrieb, der bis jetzt gut organisiert war, mit unorganisierten Arbeitswilligen zu besetzen. Nach unseren Beobachtungen richtet sich der Kampf gegen die Organisation.

Ungültigkeit festgelegter Konventionalstrafe. Eine für den wirtschaftlichen Kampf erhebliche und weittragende Entscheidung fällt das Oberlandesgericht Celle in der Sache Arbeitgeber-Verband für das Baugewerbe, Hannover gegen den Architekten Max Küster, Hannover. Der Arbeitgeber-Verband für das Baugewerbe klagte gegen Küster eine Konventionalstrafe in Höhe von 3825 Mk. ein, während Architekt Küster Widerklage auf Feststellung, daß der Arbeitgeber-Verband irgendwelche Konventionalstrafsprüche gegen ihn nicht habe, erhob. In einer Versammlung des Arbeitgeber-Verbandes vom 14. April 1910 hatte der Arbeitgeber-Verband, genau so wie seine Bruderscharfmacherverbände auswärts, um die deutschen Bauarbeiter zu einem für sie sehr ungünstigen Tarif zu zwingen, beschlossen, zum 15. April 1910 sämtliche Baugeschäfte zu schließen und die sämtlichen

Bauarbeiter zu entlassen bei Meidung einer Konventionalstrafe von 5 Mk. für jeden Tag und Arbeitnehmer. Der Architekt Küster, der Mitglied dieses Arbeitgeber-Verbandes war, weigerte sich bezüglich des Umbaus des Hotels Bristol, diesem Beschlusse nachzukommen, da er sich durch die Belogung des Beschlusses sehr erheblichen Konventionalstrafen aussetzen, auch eine Einsturzgefahr des Umbaus befürchten müsse. Durch Urteil des Landgerichts Hannover vom 10. Januar 1911 wurde Küster zur Zahlung der vom Arbeitgeber-Verband verlangten Konventionalstrafe von 3825 Mk. verurteilt und mit seiner Widerklage abgewiesen. Auf die Berufung Küsters hob das Oberlandesgericht — den Anträgen und Ausführungen des Rechtsanwalts Wachmuth gemäß — das erstinstanzliche Urteil auf, wies die Klage des Arbeitgeber-Verbandes ab und stellte auf die Widerklage fest, daß dem Arbeitgeberverband irgendwelche Ansprüche gegen Küster nicht zuständen. Das Oberlandesgericht nahm in Übereinstimmung mit den Ausführungen des Rechtsanwalts Wachmuth an, daß der in der Generalversammlung vom 14. April 1910 gefaßte Beschluß um deswillen für Küster nicht rechtsverbindlich sei, weil dieser Beschluß gegen den § 152 der Gewerbeordnung verstoße. § 152 der Gewerbeordnung erklärt solche Vereinbarungen, die gegen die Erlangung günstiger Arbeitsbedingungen gerichtet sind, für unverbindlich. Da eine rechtsgültige Verpflichtung Küsters, die Arbeiter auszusperren, durch den Beschluß nicht begründet sei, so seien auch die festgesetzten Konventionalstrafen ungfällig. So weit das Urteil. Die Beweggründe des Angeklagten Küster bei seiner Nichtausperrung waren zwar nicht die Erlangung günstiger Arbeitsbedingungen zu respektieren, aber das Oberlandesgericht konnte nicht anders, als den § 152 der Gewerbeordnung zu stützen. Mit seinem Entscheid hat es den ganzen blindwütigen Aussperrungsrummel des Arbeitgeber-Verbandes verurteilt.

Generalversammlungen und Kongresse.

Der Verband der Lagerhalter und Lagerhalterinnen Deutschlands hielt vom 9. bis 12. Juli seine 12. Generalversammlung in München ab. Besonders wurden die Punkte: »Tarifverhandlungen mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine« und »die Verschmelzungsfrage« diskutiert. — Zur Verschmelzung mit dem Handlungsgewerkschaftenverband wurde ein Antrag angenommen, diesbezügliche Verhandlungen einzuleiten. Unter dem Tagesordnungspunkt: »Die Konsumgenossenschaften als Arbeitgeber und ihre Beziehungen zur modernen Arbeiterbewegung« fordert die Generalversammlung für die Angestellten der Konsumgenossenschaften angemessene Lohn- und Arbeitsverhältnisse, protestiert gegen einige Konsumvereine, die ihren Lagerhaltern das Koalitionsrecht verweigern und verpflichtet sich die Konzentration der Konsumvereine zu unterstützen. — Der Anschluß an den »Handlungsgewerkschaftenverband« dürfte nach dem Verlauf der Generalversammlung zu urteilen, bald erfolgen und demselben eine wesentliche Kräftigung bringen.

Der 6. Verbandstag der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands fand vom 4. bis 7. Juli in Halle statt. Aus den Verhandlungen ist nur einiges für die Allgemeinheit von Interesse. So verlangt der Verband paritätische Arbeitsnachweise für das Gast- und Schankwirtschaften unter Zuschüssen aus städtischen Mitteln, damit die zur Zahlung Verpflichteten nicht über ihre Kräfte in Anspruch genommen werden. Der Verbandstag protestierte gegen die Reichsfinanzreform und verpflichtete sich bei den kommenden Reichstagswahlen für die Sozialdemokratie zu agitieren.

Der 18. Ortskrankenkassentag, der unter zahlreicher Beteiligung der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Angestellten in Dresden vom 9. bis 12. Juli stattfand, nahm Stellung zur Reichsversicherungsordnung und beriet Mittel und Wege, sich dieser anzupassen. Die Verhandlungen selbst zeugten von einer Einmütigkeit und Geschlossenheit der obengenannten drei Faktoren, wie sie die Gegner der sozialen Gesetzgebung nicht wünschen.

Soziale Monatsschau.

Berlin, den 17. Juli 1911.

Das Reichsversicherungsamt im Jahre 1910: Unfallversicherung; Invalidenversicherung. Die Jahresberichte der Ortskrankenkassen.

Der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes für das Jahr 1910 ist vor einiger Zeit erschienen. Seine Ergebnisse können wir leider erst heute würdigen.

Er bringt nach vorläufigen Ermittlungen die Zahl der im Jahre 1910 angemeldeten Unfälle, die sich auf 675 905 belief, gegen 653 376 im Jahre vorher. Die Zahl der erstmalig entschädigten Unfälle betrug 312 718 gegen 316 441 im Jahre 1909. Trotzdem die Zahl der Unfälle im letzten Jahre gestiegen, wurden zirka 4000 Unfälle weniger wie 1909 entschädigt. Die verausgabten Entschädigungen (Renten usw.) betragen 165 277 334 Mk. gegen 161 332 900 Mk. im Jahre vorher. Die Entschädigungen wurden gezahlt an: 915 968 Verletzte, 88 071 Witwen (Witwer), 113 660 Kinder und Enkel, sowie 4377 Verwandte aufsteigender Linie Getöteter. Daneben erhielten noch 14 650 Ehefrauen (Ehemänner), 32 338 Kinder

und Enkel, sowie 244 Verwandte aufsteigender Linie als Angehörige von Verletzten, welche in Heilanstalten untergebracht waren, die gesetzlichen Unterstützungen, so daß 1910 insgesamt 1 169 308 Personen Bezüge auf Grund der Unfallversicherung zugeflossen sind. Um die Rente, wie über deren Höhe, müssen die Verletzten mitunter sehr lange streiten. Berufungsfähige Bescheide wurden 41 913 erlassen. Die Gesamtzahl der bei den Schiedsgerichten in Unfallsachen anhängig gewordenen Streitsachen stellt sich auf 113 398, und zwar auf 72 917 Berufungen und 40 481 Anträge betreffs Erhöhung, Kürzung oder Entziehung der Rente. Mit dem vom Vorjahr übernommenen Streitsachen hatten die Schiedsgerichte 129 161 Sachen zu bearbeiten. Erledigt wurden davon 114 905, und zwar durch Entscheidung des Schiedsgerichts 197 133 gleich 17,15 v. H. zugunsten des Rentenbewerbers, dagegen 83 972 gleich 73,08 v. H. zugunsten der Versicherungsträger. Die übrigen Streitsachen wurden entweder durch Zurücknahme der Berufung oder des Antrages, durch Anerkennung, Vergleich usw. erledigt. Von den der Zuständigkeit des Reichsversicherungsamts unterliegenden Schiedsgerichts-urteilen wurden 5451 völlig oder teilweise abgeändert, und zwar zugunsten der Versicherten 13,7, zugunsten der Versicherungsträger aber 55,2 v. H. Am häufigsten handelte es sich beim Rekursverfahren um den § 88 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes (Gewöhnung an den Zustand usw.). Hier auf entfielen 65,4 v. H. Nächsthäufig sind die Streitsachen, in denen es sich um den Grad der Erwerbsunfähigkeit handelte, nämlich 13 v. H. Um den Beweis des Unfalles drehte sich der Streit in 5,1 v. H., um die Frage, ob ein Zusammenhang zwischen dem Betriebsunfall und der Erwerbsunfähigkeit anzunehmen war, in 7,0 v. H. und endlich um die Frage, ob ein Unfall »beim Betriebe« vorlag, in 3,9 v. H. der Fälle. Der Unfallverhütung wird besondere Beachtung geschenkt und so ist angeregt worden, die Arbeiter durch Vorträge während der Dienststunden in das Verständnis der Unfallverhütungsvorschriften einzuführen, und sie durch Belohnungen für brauchbare Vorschläge zur Unfallverhütung persönlich zur Mitarbeit heranzuziehen. Die Zahl der technischen Aufsichtsbeamten vermehrt sich allmählich. Von den 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften haben 62 insgesamt 339 solcher Beamten angestellt. Bei den 48 landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften fungieren dagegen erst 41 Aufsichtsbeamte. Von den gewerblichen Berufsgenossenschaften wird über die Tätigkeit der Aufsichtsbeamten alljährlich berichtet. Von 707 393 diesen Berufsgenossenschaften unterstehenden Betrieben wurden 1909 (hier liegen für 1910 die Zahlen noch nicht vor) nur 221 911 revidiert. Die Zahl der Revisionsstage betrug 55 064. Davon entfielen 36 930 auf Betriebsbesichtigungen, 8672 auf Lohnprüfungen und 9462 auf die Kontrolle der Rentempfänger, sowie auf andere Dienstgeschäfte. In dem Geschäftsbericht wird u. a. auch noch darauf hingewiesen, daß das Reichsversicherungsamt auf eine noch größere Vereinfachung und Beschleunigung des Geschäftsverkehrs hingewirkt habe. Die Erledigung der Rekurse dauert aber nach wie vor sehr lange. So wurden von 25 880 eingeleiteten Rekursen und Anträgen im Jahre 1910 nur 8234 erledigt und 17 646 als unerledigt in das Jahr 1911 übernommen. Um hier eine Entlastung des Reichsversicherungsamts herbeizuführen, wurden durch die Reichsversicherungsordnung eine Anzahl Streitsachen der Zuständigkeit des Reichsversicherungsamts entzogen und damit die Rechtsprechung für die Versicherten noch mehr verschlechtert.

Was nun die Invalidenversicherung anbetrifft, so liefen am 1. Januar 1911 überhaupt 1 034 060 Renten, nämlich 917 660 Invalidenrenten, 16 965 Krankenrenten und 98 335 Altersrenten. Die Entschädigungen aus der Invalidenversicherung werden auf etwa 196 Millionen Mark pro 1910 veranschlagt, die Einnahmen aus Beiträgen auf 192 Millionen und das Vermögen sämtlicher Versicherungsträger auf etwa 1 660 Millionen Mark. Von diesen Millionen entfällt allerdings auf den einzelnen Rentempfänger sehr wenig, denn Monatsrenten von 10–12 Mk. finden wir noch recht häufig, namentlich auf dem Lande. Außer den Renten kommt noch das Heilverfahren in Betracht, welches die Versicherungsanstalten übernehmen können, aber nicht müssen. Im Jahre 1909 wurden für das Heilverfahren 24,2 Millionen Mark ausgegeben, für 1910 stehen die Aufwendungen noch nicht fest. Ende 1909 hatten die Versicherungsträger 37 eigene Lungenheilstätten und 34 Genesungsheime. So konnten denn im Jahre 1909 bereits 57 v. H. aller ständig behandelten Personen in den eigenen Heilstätten verpflegt werden. Den gesteigerten Aufwendungen entsprechen auch die Erfolge der Heilbehandlung und zwar nicht nur die sogenannten »Anfangserfolge«, sondern auch die »Dauererfolge«. — Eigene Invalidenhäuser hatten neun Versicherungsträger, vier Häuser waren für Zwecke der Invalidenhauptpflege gemietet. Außerdem sind 381 von Dritten unterhaltene Anstalten zur Unterbringung von Pflegelingen benutzt worden. Für die Invalidenhauptpflege wurden 765 630 Mk. ausgegeben. — Für den gemeinnützigen Wohnungsbau wurden 8426 102 Mk. hergegeben, zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege 584 000 Mk. usw. Nach einem Erlaß des Reichsversicherungsamts vom Mai 1910 sollen Darlehen — auch für das Arbeiterwohnwesen — unter

3 1/2 Proz. nicht mehr hergegeben werden. Die Darlehen für gemeinnützige Wohnungsbestrebungen sind nun nach einer vom Reichsversicherungsamt aufgenommenen Statistik zu folgenden Zinssätzen angelegt: 395 190 Mk. unter 3 Proz., 155 666 854 Mk. zu 3 Proz. und 126 561 504 Mk. über 3 Proz. Von sämtlichen Versicherungsträgern sind 1910 insgesamt 381 523 Bescheide erteilt worden. In Invaliden- und Altersrentensachen wurden 29 014 Berufungen eingelegt. Von den durch Urteil der Schiedsgerichte erledigten Berufungen wurden 18,2 v. H. zugunsten der Versicherten und 81,8 v. H. zugunsten der Versicherungsträger erledigt. Revisionen wurden vom Reichsversicherungsamt 6143 erledigt, davon durch Urteil 5594. Bei den 4756 Revisionen der Versicherten wurde das Schiedsgerichtsurteil in 4258 gleich 89,53 v. H. Fällen bestätigt, eine völlige oder teilweise Abänderung erfuhr das Urteil in nur 32 gleich 0,67 Fällen. Die 838 Revisionen der Versicherungsträger wurden wie folgt erledigt: Urteil bestätigt in 252 gleich 30,07 v. H., abgeändert in 159 gleich 18,97 v. H. der Fälle. Somit haben die Versicherungsträger sowohl in Unfall- wie Invalidensachen vor den Schiedsgerichten wie vor dem Reichsversicherungsamt am besten abgeschnitten. Die Versicherten waren zwar recht häufig durch Gewerkschafts- resp. Arbeitersekretäre vertreten, jedoch lassen auch die Versicherungsträger sich die Vertretung durch ihre Angestellten usw. sehr angelegen sein. Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß bei sämtlichen Anstalten 444 Kontrollbeamte tätig sind. Im Aufsichtsbezirke des Reichsversicherungsamts sind rund 4,25 Millionen Versicherte kontrolliert worden. An rückständigen Beiträgen wurden dabei 1 172 200 Mk. ermittelt und eingezogen. Hier sehen wir also, daß immer noch eine Anzahl Unternehmer das regelmäßige Kleben verabsäumt. Deshalb mögen die Arbeiter auf die richtige und regelmäßige Markenverwendung selbst mit Obacht geben, denn je höher die Marken und je mehr verwendet werden, desto höher ist später die Rente.

Auch die Berichte fast aller Ortskrankenkassen für das Jahr 1910 sind nunmehr erschienen. Wir entnehmen darüber der »Deutschen Krankenkassenzeitung« folgende bemerkenswerte Angaben: Da das Jahr 1910 zweifellos ein Jahr des wirtschaftlichen Aufstiegs war, so berichten auch die Krankenkassen (von Ausnahmen abgesehen) über günstige Geschäftsergebnisse im abgelaufenen Jahre. Die Mitgliederzahl ist überall gestiegen. Nicht immer ganz so günstig entwickelten sich die Kassenverhältnisse. Das hat seinen Grund darin, daß allgemein und schon seit der Tendenz einer steigenden Inanspruchnahme der Kassenleistungen zu beobachten ist und daß auch sonst die Kassen im Jahre 1910 vielfach unter mißlichen Verhältnissen zu leiden hatten. So haben die große Bauarbeiterausperrung und andere Ausstände, mitunter auch epidemisches Auftreten von Krankheiten, die Geschäftsergebnisse der Kassen ungünstig beeinflusst. Es war daher oft erforderlich, daß die Kassenverwaltungen, um die Einnahmen mit den Ausgaben in Einklang zu bringen, die Kassenbeiträge erhöhen mußten. Nachstehend einige Beispiele: Die Ortskrankenkasse Leipzig, mit ihren 182 898 Mitgliedern die größte Krankenkasse des Deutschen Reichs, berichtet von einer »erfreulichen allmählichen Aufwärtsbewegung«, was aus der steigenden Mitgliederzahl und dem günstigeren Rechnungsabschluss hervorgeht. Gerade in Leipzig spiegelt sich die Lage des Arbeitsmarktes in den Geschäftsergebnissen der Ortskrankenkassen wieder, da 90 Proz. der Arbeiterbevölkerung Mitglieder der Kasse sind. Bei der Ortskrankenkasse München stieg gegenüber dem Vorjahre die durchschnittliche Mitgliederzahl von 114 595 auf 125 142. Die »aufsteigende Konjunktur« hat einen Ueberschuß von 305 642 Mk. gebracht. In Straßburg stieg zwar die Mitgliederzahl von 30 091 auf 31 254, doch leidet die Kasse an durchaus ungünstigen finanziellen Ergebnissen, die vor allem durch die gesteigerten Krankengeldaufwendungen veranlaßt sei. Die Ortskrankenkasse Königsberg berichtet von recht zufriedenstellenden Ergebnissen. Der Ueberschuß der Einnahmen betrug 132 102 Mk., die Mitgliederzahl stieg um 3,6 Proz. auf 22 200. Die Ortskrankenkasse Plauen mit ihren 51 132 Mitgliedern hatte unter den Streiks in der Sückeret, dem Baugewerbe, der Kartonagenfabrikation und in der Holzindustrie zu leiden. Gleichwohl stieg das Kassenvermögen um 195 810 Mk. Von günstigen Ergebnissen berichten noch die Kassen Weimar, wo die Mitgliederzahl von 8216 auf 8780 stieg, Meissen (Steigerung der Mitgliederzahl um 7 Proz. auf 8674), Magdeburg, Flensburg, Warzen, Zittau, Bernburg usw. Kotibus berichtet, daß zwar die Mitgliederzahl von 12 957 auf 13 282 gestiegen ist; doch sei die Geschäftskonjunktur eine ungünstige gewesen. In Erfurt war aus dem abgelaufenen Jahr kein günstiges. Dem Reservefonds mußten 14 691 Mk. entnommen werden. Die Ursachen sind besonders in örtlichen Verhältnissen und in den Arztverhältnissen zu suchen. Auch in Bremerhaven war das Jahr kein günstiges, ebenso in Kiel. Die Gesundheitsverhältnisse werden vielfach als besser (so in Pirna, Bernburg, Magdeburg, Königsberg usw.), mehrfach als weniger befriedigend (in Meissen und Zittau), vereinzelt als ungünstig (so in Bremerhaven) bezeichnet. Von Differenzen mit den Aerzten berichten Halle, Straßburg (dieselbat hat die Regelung der Arztfrage »erhebliche Schwierigkeiten« bereitet), Zittau, Erfurt

(wo verlangt wurde, daß jeder zuziehende Arzt sofort zur Kassenpraxis zugelassen werde) usw. Im allgemeinen zeigen die Berichte, daß in den Ortskrankenkassen, namentlich der größeren Städte, ein frisches Leben herrscht. Die zu zwei Dritteln aus Arbeitervertretern bestehenden Kassenverwaltungen haben nicht nur gezeigt, daß sie den ihnen gestellten Aufgaben vollkommen gewachsen sind, sondern daß sie auch willens und lähig waren, die Krankenversicherung innerhalb der gesteckten Grenzen auszugestalten. Ob das auch unter der Aera der Reichsversicherungsordnung andauern wird?

Die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Erziehungsarbeit.

Vor kurzem hat sich ein Vorfall zugetragen, der glücklicherweise in der deutschen Arbeiterbewegung ziemlich vereinzelt dasteht, der aber doch verdient, daß wir uns einmal mit ihm beschäftigen, weil er uns Veranlassung gibt, das Thema von der gewerkschaftlichen Schulung zu erörtern. Die Angestellten der Hamburger Straßenbahngesellschaft traten in eine Bewegung ein; sie forderten vor allen Dingen das freie Koalitionsrecht, sowie auch Verbesserungen in ihren Lohn- und Arbeitsverhältnissen. Die Direktion lehnte diese Forderungen ab und entließ obendrein einige Aufhänger und Rädelsführer, was natürlich die Erregung der Beteiligten nur noch steigerte. Die Straßenbahner, die bisher zum allergrößten Teile unorganisiert waren, schlossen sich massenhaft dem Transportarbeiterverbande an und drängten in mehreren zahlreich besuchten Versammlungen ungestüm auf eine Entscheidung nach der Methode: Biegen oder brechen! Die Leitung des Verbandes behielt in dieser schwierigen Lage klaren Kopf und kaltes Blut; sie wog die Aussichten eines Kampfes in bezug auf Sieg oder Niederlage gegeneinander ab und kam zu dem Ergebnis, daß nach Lage der Sache an einen Sieg nicht zu denken sei. Hierbei wurde besonders in Berücksichtigung gezogen, daß es sich größtenteils noch um neugewonnene, bislang unorganisierte und darum ungeschulte Leute handelte. Die Verbandsleitung wollte die Verantwortung nicht übernehmen zumal, da die Existenz zahlreicher Familienväter auf dem Spiele stand, und gab deshalb den Straßenbahnern den Rat, den Kampf auf einen günstigeren Zeitpunkt zu vertagen und einstweilen die junge Organisation nach innen und nach außen zu stärken. Mit diesem vernünftigen Rat kam sie aber schlecht weg, denn in der entscheidenden Versammlung, in der von 4000 Beteiligten nur etwa 1200 anwesend waren, entstand ein wüster Radau. Abgesehen von den Unorganisierten, die doch eigentlich alle Ursache gehabt hätten, sich einer bescheidenen Zurückhaltung zu befleißigen, führten auch die organisierten Mitglieder einen Skandal auf, der eine Schande ist für anständige Arbeiter: sie überhäufte die Verbandsleitung mit den größten Schimpfwörtern, zerriß ihr Mitgliedsbuch, warfen es zum Vorstandstisch hinauf und erklärten, sie wollten mit dem Verbande nichts mehr zu tun haben.

Offenbar hatten diese Leute keine Ahnung von dem Wesen und der Bedeutung einer Gewerkschaft. Sie erblickten in einer Gewerkschaft lediglich einen Streikverein und meinen, man könne aus der Verbandskasse hundert Mark Unterstützung herausholen, wenn man vielleicht zwei Mark hineingezahlt habe; außerdem befinden sie sich in dem naiven Glauben, es stehe ihnen als neugebackenen Mitgliedern das Recht zu, den Vorstand und die Angestellten des Verbandes als Kanaille zu behandeln; wie eigensinnige Kinder, die ihren Willen nicht bekommen haben, spielen sie die gekränkte Leberwurst und wollen nicht mehr mitmachen. Daß solche Genossen trotz ihrer Organisationszugehörigkeit noch sehr der Erziehung und Schulung bedürftig sind, braucht wohl nicht erst bewiesen zu werden. Es gibt ja leider noch allzu zahlreiche Kollegen, die da meinen, wenn sie der Gewerkschaft beigetreten seien und ihr Mitgliedsbuch in Ordnung hätten, dann seien sie aller weiteren Verpflichtung los und ledig. Sie zeigen nicht das geringste Interesse für die Vorgänge innerhalb des Verbandes und nur, wenn große Ereignisse ihre Schatten vorauswerfen, d. h. also, wenn eine Lohnbewegung in Aussicht steht, dann erwacht ihr (Geldbeutel-) Interesse und sie erscheinen haufenweise in den Versammlungen; ist die Bewegung vorüber, so flaut ihr Interesse ab und sie verschwinden wieder von der Bildfläche, aber am Bierische markieren sie die gewiegten Taktiker und setzen den stauenden Zuhörern auseinander, daß die Bewegung viel besser verlaufen wäre, wenn sie, die großen Strategen, die Führung gehabt oder wenn man auf ihren Rat mehr gehört hätte. Auch wenn in einer Versammlung ein Skandal oder Radau zu erwarten ist, oder wenn schmutzige Wäsche gewaschen werden soll, dann sind sie da, und hier kann es wohl vorkommen, daß einer dieser Helden aufs Podium steigt und seine Rede mit den Worten beginnt: »Seit fünf Jahren bin ich in keiner Versammlung gewesen, aber heute muß ich doch mal meine Meinung sagen.« Und dann verzapft er seine tiefgründige Weisheit, trotzdem er jegliche Fühlung mit der Organisation verloren hat. Wo solche Vorkommnisse noch möglich sind, da bedarf es dringend einer Schulung der Mitglieder.

Schon Wilhelm Weitling, der erste deutsche Arbeiteragitator proletarischer Herkunft, war sich dieser Notwendigkeit bewußt. Darum rief er schon vor 80 Jahren seinen Klassengenossen zu, es genüge nicht, daß man einem Arbeiterverein angehöre und seine Beiträge bezahle, sondern man müsse sich auch in den Geist der Organisation hineinversenken und in diesem Geiste leben und wirken. Unsere modernen Gewerkschaften haben erkannt, daß sie sich nicht darauf beschränken dürfen, materielle Erfolge zu erringen, indem sie bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen schaffen, sondern daß sie auch die weitergehende Aufgabe haben, ihre Mitglieder mit dem Gedanken des Klassenkampfes und dem Geiste des Sozialismus zu erfüllen und sie zu tüchtigen, guten Kollegen zu erziehen. Die klugen Herren, die bei jeder Gelegenheit von den Grenzen der Gewerkschaftsbewegung sprechen, haben ja keinen blässen Schimmer von den Leistungen, die den Gewerkschaften noch bevorstehen. Zunächst hatte die moderne Arbeiterbewegung die wichtige Aufgabe, die gleichgültige Masse aus dem Schlummer aufzuschrecken, sie zum Bewußtsein ihrer Klassenlage und ihrer Rechte zu bringen und sie in die Organisationen hineinanzuziehen. In dieser Beziehung ist geradezu Großartiges geleistet worden, denn Hunderttausende und Millionen haben von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch gemacht und haben sich zu starken Organisationen zusammengeschlossen. Jetzt drängt sich die wichtige, aber viel schwierigere Aufgabe auf, diese organisierten Massen zu erziehen, zu schulen und für die bevorstehende Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens reif zu machen. Die großen Ziele, die uns winken, können nur mit einer geistig und moralisch hochstehenden Arbeiter-schaft erreicht und durchgesetzt werden. Darum ist es unbedingt erforderlich, daß die proletarische Bewegung nicht nur in die Breite sich ausdehnt, sondern daß sie auch in die Tiefe geht und daß sie den Boden, den sie unter den Pflug genommen hat, auch gründlich beackert. Die soziale Frage ist auch eine Erziehungsfrage, das gilt vor allen Dingen auch auf gewerkschaftlichem Gebiete.

Es wäre eine Ungerechtigkeit, wollte man bestreiten, daß die modernen Gewerkschaften schon ein gutes Stück Erziehungsarbeit geleistet haben. Die geistige, moralische und kulturelle Hebung der durch die Schule der Gewerkschaften gegangenen Arbeiter zeigt sich ja ganz deutlich. Das soll in uns aber nicht das Gefühl der Selbstgenügsamkeit erzeugen, sodaß wir mit dem Fanulus des Doktor Faust uns rühmen, wie herrlich weit wir es gebracht haben, sondern es soll uns ein Ansporn sein, weiter zu streben und weiter zu arbeiten. Alles, was wir bisher geleistet haben, sind ja eigentlich nur Anfänge, gewissermaßen Keime einer Aufwärtsentwicklung. Wir sind noch lange nicht an der Grenze unserer Leistungsfähigkeit angelangt, denn große Entwicklungsmöglichkeiten dehnen sich vor unsern Blicken aus. Ein weites Feld gewerkschaftlicher Erziehungsarbeit liegt noch vor uns und es wird noch viel Mühe kosten, es zu beackern. Aber wenn wir alle unsere Pflicht auch in dieser Beziehung tun, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben. (Vereins-Anzeiger).

Eingegangene Gelder.

Für das II. Quartal 1911 wurden folgende Beiträge an die Hauptkasse eingesandt:

Altwasser 500,—, Ascherleben 400,—, Barmen, 2. Rate 608,26, Bautzen, 2. Rate 949,07, Bonn 738,84, Brandenburg, 2. Rate 150,—, Coblenz 200,—, Crefeld 500,—, Crimmitschau 200,—, Danzig, 2. Rate 600,—, Dortmund 500,—, Dresden, 2. Rate 5500,—, Düren 363,95, Düsseldorf 500,—, Ebersbach 170,—, Einbeck 100,—, Erfurt 300,—, Essen 200,—, Eßlingen 400,—, Frankfurt a. M. II, 2. Rate 750,—, Fürth, 2. Rate 500,—, Geislingen 100,—, Gleiwitz 162,55, Glogau 800,—, Gotha 100,—, Halle 250,—, Hanau 250,—, Hannover 1000,—, Harburg 129,—, Kempen 94,38, Lobberich 170,—, Lübeck 350,—, München II, 1600,—, Nürnberg I, 2. Rate, 800,—, Nürnberg II 800,—, Offenbach, 2. Rate, 250,—, Osnabrück 170,—, Posen 100,—, Potsdam 228,—, Rheydt 200,—, Selb 200,—, Stuttgart II, 2. Rate, 800,—, Tilsit 21,14, Viersen 100,— und Zwickau 250,— Mk.

Berlin, den 17. Juli 1911.

Wilh. Brall.



Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Die Bildungsarbeit der Berliner Filialen.

I.

Bei der Betrachtung der Bildungsarbeit der Gewerkschaften ist der bedauerliche Umstand zu beobachten, daß im großen und ganzen die Ausnutzung aller Möglichkeiten zur allgemeinen und beruflichen Weiterbildung der Gewerkschaftsmitglieder bis jetzt ziemlich regellos gewesen ist, und daß man jede Gelegenheit,

den Mitgliedern in dieser Richtung etwas zu bieten, wahrnahm, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, ob sich z. B. der Vortrag in einer Versammlung dem in der vorhergehenden Zusammenkunft gehaltenen systematisch angeschlossen oder nicht. Einige Gewerkschaften sind jedoch bereits bemüht, in ihrer Bildungsarbeit systematisch vorzugehen, von unten aus aufzubauen. Als Beispiel müssen die Berliner Filialen unseres Verbandes genannt werden, die seit Anfang 1908 einen Bildungsausschuß eingesetzt haben, der in dieser systematischen Weise zu wirken versucht. Obwohl sich der von dem Ausschuß eingeschlagene Weg nicht überall verfolgen lassen wird und obwohl die Mittel und Wege der Bildungsarbeit ganz den jeweiligen besonderen Verhältnissen angepaßt werden müssen, so kann eine Schilderung seiner dreijährigen Tätigkeit schließlich doch anregend und fördernd für ähnliche Einrichtungen in anderen Orten wirken.

Im Mittelpunkt der von dem Ausschuß zur Förderung der Allgemeinbildung getroffenen Veranstaltungen stehen die Vortragsfolgen, deren jede in der Regel vier Abende umfaßt. Jeder Vortragsabend dauert meist rund zwei Stunden und ist, um die Hörer nicht zu ermüden, durch eine viertelstündige Pause in zwei Teile geteilt. Am Schluß jedes Abends ist außerdem Gelegenheit zur Fragestellung und zu einer kurzen Aussprache gegeben. Von einem zum andern Vortragsabend läßt der Ausschuß gewöhnlich rund zwei Wochen verstreichen, damit das an einem Abend Gehörte bis zum nächsten Abend genügend überdacht und durch das Lesen einschlägiger Werke, auf die der Vortragende am Schluß jedes Vortrages hinweist, ergänzt und erweitert werden kann. In jedem Vierteljahr eines Winterhalbjahrs wird ein derartiger Vortragszyklus veranstaltet, im ganzen Winterhalbjahr also zwei. Während der Sommermonate wird die Veranstaltung von Vortragsfolgen. Bis jetzt haben sieben Vortragszyklen stattgefunden, über deren Inhalt und Aufeinanderfolge einiges gesagt sei.

Im ersten Vortragszyklus behandelte der Direktor der Treptow-Sternwarte, Professor Dr. Archenhold, die »Wunder des Kosmos« an zwei Vortragsabenden, über deren Inhalt folgende Uebersicht unterrichtet:

1. Vortrag: *Werden und Vergehen im Welt-raum* (unter besonderer Berücksichtigung der neuesten Forschungsergebnisse): Die Urnebel, ihre Gestalt Größe und Entwicklung — Der Sternhimmel, ein Bild des Werdens — Temperatur der weißen, roten und gelben Sterne — Unsere Sonne ein gelber Stern — Wie wird der ausgestrahlte Wärmeverlust gedeckt? Elektrische und magnetische Eigenschaften der Sonne — Das Werden der einzelnen Planeten — Die Entstehung der Monde — Hat das Sonnensystem Bestand? — Stellung unseres Sonnensystems im Weltall — Kometen und Sternschnuppen — Das Leben im Weltall — Zukunft der Weltkörper.

2. Vortrag: *Die Entwicklung des Sonnensystems und unsere Erde als Planet*: Die atmosphärische Hülle der Erde — Wolken, Blitze und seltene Lichterscheinungen — Die Erekrusie — Der Aufbau der Vulkane — Erdbeben und Eruptionen — Die Zusammensetzung und Temperatur des Erdinneren — Erdmagnetismus und Erdströme — Die Ausbreitung des Lebens auf der Erde — Die Zukunft der Erde.

Beide Vorträge waren durch eine Fülle guter Lichtbilder illustriert, wodurch das Verstehen des Gehörten wesentlich gefördert wurde.

Das gilt auch von dem zweiten Vortragszyklus, in welchem der Dozent an der Freien Hochschule in Berlin M. H. Baegge an vier Abenden das Thema: »Vom Urtiler zum Menschen« behandelte. Der erste Vortragsabend war der Rekapitulierung der Archenhold'schen Vortragsfolge, durch die die Hörer mit den Entwicklungstendenzen im Universum, mit der Entwicklung unseres Sonnensystems und der Entstehung unserer Erde vertraut gemacht worden waren, und der Ueberleitung zu dem

Darlegungen über die Entwicklung des Lebens auf der Erde gewidmet. Der zweite Zyklus gliederte sich wie folgt:

1. Vortrag: Die Entwicklungsgeschichte der Erde: 1. Teil: A. Die Kant-Laplace'sche Theorie und der Urzustand der Erde. B. Die Ursachen der Bildung und Veränderung der Erdoberfläche: a. die Veränderungen der Erdkruste durch unterirdische Vorgänge; b. die Gebirgsbildung durch Faltungsprozesse der Erdkruste; c. die Veränderungen durch die Tätigkeit des Wassers und der Luft; d. die Veränderung der Erdkruste durch die Tätigkeit der Lebewesen. — 2. Teil: Grundzüge der sogenannten historischen Geologie: A. Wie entstehen Versteinerungen? B. Die geologischen Perioden und ihre Unterscheidung. C. Die Entwicklung des Lebens auf der Erde.

2. Vortrag: Sind die Lebewesen geschaffen oder geworden? 1. Einleitung: Schöpfung oder Entwicklung? — 2. Die Ergebnisse der vergleichenden Anatomie. — 3. Die Ergebnisse der systematischen Tierkunde. — 4. Die Ergebnisse der Geologie und Paläontologie. — 5. Die Ergebnisse der Embryologie.

3. Vortrag: Welches sind die Ursachen und treibenden Kräfte der Entwicklung? 1. Darwins Lehre von der natürlichen Zuchtwahl als Versuch zur Erklärung der Entwicklung. — 2. Lamarcks Lehre als Versuch zur Erklärung der Entwicklung: a. der Einfluß der Umgebung auf die Gestaltung der Lebewesen; b. die Wirkung des Gebrauchs und Nichtgebrauchs von Organen auf die Fortbildung der Lebewesen. — 3. Die Lehre von der sprunghaften Entstehung der Arten. — 4. Der Vitalismus und seine Erklärungsversuche.

4. Vortrag: Woher stammen die Menschen? 1. Die alte und neue Auffassung. — 2. Mensch und Affe, verglichen im Körperbau und Körperverrichtung. — 3. Die vorgeburtliche Entwicklung des Menschen. — 4. Die Ergebnisse der urgeschichtlichen Entwicklung. — 5. Die geistige und kulturelle Entwicklung des Menschen. — 6. Schlußfolgerungen.

Wenn der Ausschuss seine Tätigkeit mit der Veranstaltung dieser beiden Vortragsfolgen aus dem Gebiete der Naturwissenschaft begann, so ließ er sich dabei von der Tatsache leiten, daß in der Volksschule der am liebevollsten gepflegte Unterrichtsgegenstand die Religion ist. Die biblische Schöpfungsgeschichte hält die Gemüter gefangen, verhindert bei Unzähligen die Durchdringung zu einer freien Weltanschauung, die Emanzipation vom blinden Glauben zu einem selbständigen, auf den Fortschritt gerichteten Denken. Daher muß ihr die natürliche Entwicklungslehre, dieses Resultat der ersten Forschung freier Geister, entgegengestellt werden. Das ist durch die beiden Vortragsfolgen geschehen.

Nachdem im zweiten Zyklus die Entwicklung des Lebens auf der Erde und die Entstehung und Entwicklung des Einzelmenschen behandelt worden war, leitete der dritte Vortragszyklus zur menschlichen Gemeinschaft über. An vier Abenden sprach der Schriftsteller Dr. Anton Pannekoek über »Ursprung und Entwicklung der menschlichen Gesellschaft«. Folgende Uebersicht gewährt einen Einblick in den Inhalt dieser Vortragsfolge:

1. Vortrag: Der Einzelmensch: 1. Die tierische Abstammung des Menschen. — 2. Der Unterschied zwischen Mensch und Tier. — 3. Die Stillehre und ihr Ursprung. — 4. Werkzeug, Sprache und Denken. — 5. Die menschliche Hand.

2. Vortrag: Die Urgesellschaft: 1. Die natürlichen Lebensbedingungen und die Formen der Familie. — 2. Die Jägervölker. — 3. Die nomadischen Viehzüchter und das Patriarchat. — 4. Die Ackerbauer und der Sippenverband. — 5. Die Entstehung des Ackerbaues.

3. Vortrag: Die Entstehung der Zivilisation: 1. Merkmale der Zivilisation: Warenproduktion und Klassenherrschaft. — 2. Die Grundlage des alten Orients. — 3. Die Handelsvölker. —

4. Die Auflösung der Sippe im Altertum. — 5. Die Anfänge der westeuropäischen Gesellschaft. 4. Vortrag: Die zivilisierte Gesellschaft: 1. Klassegegensätze und Produktionsweise. — 2. Die Sklavenwirtschaft im Altertum. — 3. Die Leibeigenschaft und die Entstehung des Bürgerturns. 4. Die freien Arbeiter und der Kapitalismus. 5. Die Entwicklung der Wissenschaft. — 6. Das Kapital als Weltmacht. — 7. Die künftige Entwicklung der Gesellschaft.

Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnerhöhung?

In den vier Artikeln über die Nützlichkeit und die Vorteile einer Arbeitszeitverkürzung wird darauf hingewiesen, daß es dem aufmerksamen Beobachter unserer Gewerkschaftsbewegung aufgefallen sein muß, daß die Arbeiterschaft bei der Formulierung ihrer Forderungen an das Unternehmertum das Schwergewicht auf die Erhöhung des Lohnes lege und die Forderung einer Arbeitszeitverkürzung mehr in den Hintergrund treten lasse.

Wenn nun der alleinigen Arbeitszeitverkürzung ohne jede Lohnerhöhungsforderung das Wort geredet wird, so sind all die gutmeinenden Ratschläge doch etwas zu optimistisch. Die Erkenntnis, daß es für uns Arbeiter ein großer Vorteil ist, wenn die Arbeitszeit möglichst kurz ist, besitze auch ich. Aber man darf die Durchführung einer nennenswerten Arbeitszeitverkürzung nicht so ohne weiteres als leicht ansehen. Ich gebe mich keiner Hoffnung hin, daß bei dieser Forderung viel herauspringen wird. Zwei oder drei Stunden in der Woche, die vielleicht als Verkürzung in Betracht kämen, können unserem Beruf, wo eine Uebersättigung an Arbeitskräften vorhanden ist, nicht das bringen, was in den Artikeln erhofft wird. Man weiß doch, daß mit der Entwicklung der Industrie sich das Proletariat in demselben Maße vermehrt. Nun ist aber unser Beruf durch die ungünstigen Zollmaßnahmen, die den Export ins Ausland immer mehr erschweren, mehr und mehr auf den Inlandmarkt angewiesen. Zu Neuerungen in der Technik, d. h. in der Produktivkraft sind unsere deutschen Steindruckunternehmer schwer zu haben. Während der Amerikaner nur auf gutes Arbeitsmaterial sieht, befinden sich unsere deutschen Steindruckereisitzer in dem Wahn, durch möglichst billiges Arbeitsmaterial ihren Profit zu erhöhen. Das ist grundfalsch. Alles wird in dem Zeitverlust, der durch das minderwertige Arbeitsmaterial entsteht, wieder aufgewogen und die natürliche Folge ist, daß unsere Arbeitskraft auf das intensivste ausgebeutet wird. Diese Maßnahmen können also, um die Produkte zu verbilligen, die Produktivität nicht steigern. Nun könnte man aus dem, daß wir auf den Inlandmarkt mehr angewiesen sind, folgern, daß gerade deswegen die Verkürzung der Arbeitszeit recht notwendig sei. Aber wie gesagt: Nur eine nennenswerte Arbeitszeitverkürzung kann uns bringen, daß unsere Arbeitslosenzahl auf ein Minimum beschränkt wird. Dann gebe ich auch zu, daß dann die Löhne in die Höhe gehen. Weil ich aber nicht so optimistisch bin, daß nennenswertes erzielt wird, bin ich der Anschauung, daß wir bei einer Forderung nicht nur darauf bestehen, die Arbeitszeit zu verkürzen, sondern daß wir dieselbe zugleich mit einer Lohnforderung verquickeln. Was nützt uns eine kurze Arbeitszeit, wenn wir mit hungrigem Magen herumlaufen. Die Löhne in unserem Berufe sind wirklich derart, daß sie einer Aufbesserung bedürfen und zwar sehr dringend. Viele Berufe haben uns in Lohnhöhe und Arbeitszeit bereits überflügelt. Was Wunder, wenn von unserer Zentralleitung nichts geschieht? Lassen wir die günstige Konjunktur an uns wieder spurlos vorbeiziehen, so laufen wir Gefahr, daß den vorwärtsdrängenden Kollegen die Geduld reißt. Lange genug haben wir die scharfmerkerischen Tendenzen unserer Unternehmer hingenommen. Derselbe Wille, der die Kapitalisten besetzt, anständig zu leben, besetzt auch die Arbeiter. Wir streben aber nicht nach Profiten, sondern nach hohen Preisen für die Arbeitskraft. Wir leben in einer Zeit des proletarischen Massenelends, des Gesundheitselends, des Arbeitselends, des häuslichen Elends, des kulturellen und des Einkommenselends. Dem gegenüber ist die Einkommens- und Vermögensentwicklung in der Bourgeoisie geradezu ungeheuerlich. Hier einige Zahlen. Von der Gesamtinkommensmasse der über 3000 Mk. Einkommen Versteuernden in Preußen besaßen Personen mehr als 10000 Mk. Einkommen: Im Jahre 1853: 36,5 Proz.; 1902: 57,2 Proz., Personen mehr als 100000 Mk. Einkommen: Im Jahre 1853: 4,3 Proz.; 1902: 16,8 Proz. Von 1895 bis 1905 wuchs das Vermögen in Preußen: bei 1120000 Eingeschätzten mit unter 3000 Mk. Einkommen + 2,3 Milliarden Mk., bei 115000 Eingeschätzten mit über 3000 Mk. Einkommen + 16,2 Milliarden Mk. (Dabei fielen 96,2 Proz. der Bevölkerung 1905 überhaupt nicht unter die Vermögenssteuerstatistik, da sie unter 6000 Mk. Vermögen hatten. Vom steuereingeschätzten Vermögen in Preußen 1908 besaßen: 300000 Personen (mit über 50000 Mk. Vermögen) 67 Milliarden Mark, 1200000 Personen unter 50000 Mk. Vermögen

25 Milliarden Mk. Und in Amerika besitzen gar 0,3 Proz. der Bevölkerung, (das sind ca. 250000 Personen) 70 Proz. des Nationalreichtums!

Diese Zahlen sprechen Bände. Die Symptome einer teilweisen absoluten Verschlechterung der proletarischen Lebenshaltung kämen weit krasser zum Ausdruck, als sie gegenwärtig sind, wenn die Gewerkschaften nicht eine Schutzwehr dagegen bildeten. Ich erkenne an, daß eine Arbeitszeitverkürzung große Vorteile bringt, daß die industrielle Reservearmee verringert wird. Das kann aber nur sein, wenn die Verkürzung eine nennenswerte ist. Wir wissen aber aus Erfahrung, daß dieser Fortschritt sich nur sehr langsam Bahn bricht. Denn unsere Unternehmer bewilligen lieber eine Lohnerhöhung, als eine Arbeitszeitverkürzung. Unser Beruf ist in bezug auf Lohnhöhe auf dem Hund, mit einigen geringen Ausnahmen.

Wird doch unser Beruf zu den Halbkünsten gezählt. Wir müssen uns deshalb auffragen, die Säumigen an ihre Menschenpflicht erinnern und nicht nach dem Grundsatz des Zentrums handeln, das da sagt: »Verachte nur Vernunft und Wissenschaft, des Menschen allehöchste Kraft, dann hab ich dich schon unbedingt!«

Wir wissen nur zu gut, daß es uns an der nötigen Zeit fehlt, um uns dem Studium der Politik und der wirtschaftlichen Probleme zu widmen. Davon geben uns die Versammlungen unserer Kollegen ein beredetes Beispiel, wenn mancher während eines Vortrages unwillkürlich den Kopf senkt und einschläft. Das sind Zeichen einer Ueberanstrengung im Berufe und einer Unterernährung. Es wird wohl niemand so naiv sein, außer den Unternehmern natürlich, zu sagen, daß der Arbeiter auf Rosen gebettet ist. Eine sehr wichtige Frage ist auch das Ueberstundenunwesen. Wenn gleichzeitig, Hand in Hand mit der Arbeitszeitverkürzung nicht zugleich von unserer Zentrale ein Ueberstundenverbot durchgeführt wird, nützt uns — um den Arbeitslosen Arbeitsgelegenheit zu verschaffen — auch die Verkürzung der Arbeitszeit nichts. Ich habe eben die Befürchtung, daß — nachdem wir in Deutschland Firmen haben, welche die Ueberstundenarbeit systematisch einführen — die durch die Verkürzung ausfallende Arbeitszeit in Ueberstunden verwandelt wird. So kommen wir dann nicht vorwärts.

Ich kenne Firmen, in denen viele Kollegen 25 Jahre beschäftigt sind. In Wirklichkeit, wenn man die Ueberstunden hinzurechnet, sind sie 35 Jahre tätig. Das ist ein Verbrechen an den arbeitslosen Kollegen! Es gibt eine Zeit im Jahre, wo Ueberstunden nicht zu vermeiden sind. Aber Tag für Tag und Jahr für Jahr Ueberstunden zu schuffen, das geht denn doch über den Schellenkönig! Die Herren Unternehmer mögen gefälligst, wenn die Arbeit immer so drängt, ihre Betriebe erweitern. All dem hat bisher die Kollegenschaft ruhig zugehört und nichts ist geschehen! Es kommt sogar vor, daß der, von dem gegenwärtig gewiß nicht fortschrittlich zusammengesetzten Reichstag geschaffene Zehntendatag vielfach überschritten wird. Das sind Zustände, die nicht mehr länger geduldet werden dürfen. Hier müssen die Organisationen jeden einzelnen an den Pranger stellen. Es sind aber auch diejenigen Kollegen, die fortwährend den Ueberstunden huldigen, immer die Bremser unserer Vorwärtsbewegung. Wir sind Kraft unserer Organisation imstande, mit Volldampf unsere Lokomotive ohne Bremser zu führen. Dazu gehört aber — und da muß jeder einzelne Kollege mitwirken — die Erfassung aller noch organisierbaren Elemente durch die Gewerkschaft und damit die Entblößung der Arbeitswilligen vom Arbeitsmarkt, sowie eine gefällige Gewerkschaftskasse, um langwierige Kämpfe siegreich zu überwinden.

M. W. in N.

(Anmerkung der Redaktion: Mit vorstehenden Ausführungen kann der Kollege M. W. in N. doch nicht den Inhalt der vier Artikel über »die Verkürzung der Arbeitszeit« in den Nummern 22 bis 25 wiederlegen. Im Gegenteil sollten gerade diese dort angeführten Gründe von allen Gewerkschaften beherzigt werden. — Im übrigen befindet sich Kollege M. W. in seinen Ausführungen im Widerspruch. Denn wenn eine »nennenswerte« Arbeitszeitverkürzung die Zahl der Arbeitslosen verringert, so muß das prozentual bei jeder Verkürzung der Fall sein und wenn es pro Kollegen auch nur drei Stunden wöchentlich wären, weil man hierbei auch die Zahl der Kollegen in Betracht ziehen muß. Nach unserer letzten Berufszählung sind in Deutschland zurzeit 9703 Steindruckere vorhanden. — Daß von unserer Zentralleitung nichts geschieht, um die Lage der Kollegen zu verbessern, dürfte auch nicht zutreffen, denn die fortwährend erscheinenden Berichte über Lohnbewegungen beweisen, daß fortgesetzt an der Hebung der Berufslage gearbeitet wird. Nach dem Jahresbericht in Nummer 23 wurden allein im Jahre 1910 durch die Gesamtzahl der geführten Bewegungen für 1979 Kollegen Arbeitszeitverkürzungen von 3609 Stunden wöchentlich, für 2131 Personen Lohnerhöhungen von 3026 Mk. wöchentlich und für 2227 Kollegen sonstige Verbesserungen erreicht! Recht beherzigt wird aber die Ausführungen des Kollegen M. W. bezüglich der vielen Ueberstunden, die von einem großen Teil der Kollegen jahrein, jahraus gemacht werden. Dieses ist entschieden zu verurteilen!

Würde das unterbleiben, dann würde ebenfalls die Zahl der arbeitslosen Kollegen sich ganz bedeutend vermindern. Jedenfalls bitten wir die Kollegen dieses zu beachten.)

Fachschulreklame in den photographischen und photomechanischen Berufen.

1.

Mit großer Verve wird schon seit Jahren von verschiedenen Seiten für die jeweilig nahestehenden Fachschulen laaft marktschreierische Reklame gemacht. Die interessierten Kreise sind hierbei in der Wahl ihrer Mittel nicht sehr wählerisch. So wandte sich die Direktion der Lehr- und Versuchs-Anstalt in München mit ihren Reklamezetteln sogar an die sozialdemokratische Münchener Post, die in Unkenntnis der Verhältnisse auch nachfolgende Notiz zum Abdruck brachte: »Die Frage der Ausbildung erwachsener Söhne und Töchter ist für viele Eltern eine große Sorge; während sich der kaufmännische Beruf mehr und mehr überfüllt hat, der technische zumeist ein sehr langes Studium voraussetzt und der rein künstlerische eine Gewähr für sicheren Broterwerb nicht bietet, bieten kunstgewerbliche Berufe in vielen Fällen nicht nur sichere Versorgung, sondern zumeist auch eine wohlbefriedigende Tätigkeit. Unter diesen Berufen ist es namentlich die Photographie, die im letzten Jahrzehnt in Deutschland einen großen Aufschwung genommen hat und die künstlerisch und technisch gut geschultes Personal gern und zu angemessenen Gehältern aufnimmt. Zur Photographie eignen sich namentlich zeichnerisch und künstlerisch begabte junge Leute beiderlei Geschlechtes. München besitzt in der vor 11 Jahren errichteten »Lehr- und Versuchsanstalt für Photographie« ein Institut, das mit Erfolg sich die Ausbildung künstlerisch und technisch tüchtig geschulter Kräfte zur Aufgabe macht; der Lehrgang der Anstalt ist ein zweijähriger. Die jungen Leute — männliche werden mit zurückgelegtem 15., weibliche mit dem 17. Lebensjahre aufgenommen — sind nach zwei Jahren erwerbsfähig und erhalten Anfangsgehälter in der Praxis von 80 bis 140 Mk. Die Anstalt bildet in einer weiteren Abteilung auch Lichtdrucker und Heliogravüretechniker aus; auch in diesen Verfahren, namentlich dem letzteren, ist Bedarf an tüchtig geschulten Kräften. Interessenten werden durch das Statut der genannten Lehranstalt, die am 11. September ihr neues (12.) Unterrichts-jahr beginnt, über alles zur Aufnahme in die Anstalt Wissenswerte unterrichtet. Man wende sich an das Sekretariat der Anstalt, Clemensstraße 33.«

Also Herr Professor Emmerich, der uns (den Photographen) seinerzeit den Anschluß an die freien Gewerkschaften so sehr übernahm, verschmäht es nicht in dem Organ der Münchener organisierten Arbeiter um Schüler zu werben. Unsere Münchener Mitgliedschaft der Photographen und Lichtdrucker antwortete in der »Münchener Post« folgendes:

»In Nr. 126 der Münch. Post wird in einem Artikel die Frage der Ausbildung erwachsener Söhne und Töchter als große Sorge für die Eltern hingestellt. Dabei wird von der hiesigen »Lehr- und Versuchsanstalt für Photographie« die Photographie als sehr günstiger Berufszweig geschildert. In technischer Beziehung ist das wohl richtig; die wirtschaftliche Lage des Photographenberufes ist aber sehr schlecht, was hier am Platze bewiesen wird durch die Schleuder Konkurrenz (niedere Bildpreise, Gratisangebote von Vergrößerungen usw.) und durch die so überhandnehmende Häuserphotographie, die eine Folge der Überfüllung des Berufes ist. Bei überlanger Arbeitszeit und Sonntagsarbeit dürfte der Durchschnittslohn 70—90 Mk. monatlich betragen. Außerdem ist der Zugang an Volontären in letzter Zeit ziemlich hoch. Die in dem erwähnten Artikel angeführten Anfangslöhne wurden zwar von Absolventen dieser Lehranstalt teilweise erreicht, konnten jedoch vielfach infolge mangelnder praktischer Kenntnisse nicht gehalten werden. Weiter wurde angeführt, daß in Lichtdruck und Heliogravüre stets Bedarf an gut geschulten Künstlern ist. Dazu sei bemerkt, daß stets arbeitslose Lichtdrucker vorhanden sind. Es sei noch darauf hingewiesen, daß die Absolventen obgenannter Lehranstalt in den photomechanischen Fächern laut tariflicher Abmachung noch eine zweijährige Lehrzeit durchzumachen haben. Weitere Auskünfte erteilt die Filiale III (Photographen und Lichtdrucker) des Verbandes der Lithographen, Steindruck- und verwandter Berufe Deutschlands, München, Schillerstraße 30.«

Hierauf erschien in der Münchener Post wieder nachstehende Notiz: »Zu der unter dieser Spitzmarke in Nr. 135 der M. Post veröffentlichten Zuschrift teilt uns die Direktion der Lehr- und Versuchsanstalt für Photographie, Chemigraphie, Lichtdruck und Gravüre zu München (Professor Emmerich) folgendes mit: »1. Die Ausbildung der Schüler und Schülerinnen der Anstalt geschieht nach der Richtung und in einem Maßstab, daß die erfolgreich abgehenden Absolventen nicht nötig haben, in wirtschaftlich minder gestellten Ateliers Stellung zu nehmen; die in dem Artikel angegebenen Anfangsgehälter werden stets erreicht, auch immer angeboten und in sehr vielen Fällen nach kurzer Zeit erhöht. Das Angebot von Stellungen (leider oft zu unpassender Zeit, da Absolventen nur Ende Juli abgehen) wäh-

rend der ganzen Dauer des Jahres und zwar aus allerersten Ateliers ist ein weit größeres als die Produktion fertiger Kräfte. Die Leistungen der Anstaltsabsolventen haben mehrfach mit denen anderer Gehilfen in öffentlichem Wettbewerb und dabei immer, wie die bezüglichen Prämierungen besagen, mit an erster Stelle gestanden. 2. Die Anstaltsleitung beurteilt bei ihrer Ausschreibung nicht den Arbeitsmarkt Münchens im besonderen, sondern die Berufsverhältnisse des ganzen Reiches. 3. Gleichartig liegen die Verhältnisse im Lichtdruck und der Gravüre, für die bei uns vielfache Anfragen nach Arbeitskräften eingehen. 4. Die Absolventen der Anstalt haben in den photomechanischen Verfahren deswegen eine zweijährige Lehrzeit nicht noch durchzumachen, weil photomechanische Verfahren derzeit an der Anstalt bisher nicht gelehrt wurden.«

Auf diese Erwiderung folgte in der Münch. Post als letzte Berichtigung seitens unserer Münchener Filiale III Nachstehendes: »In bezug auf die Auslassung der Lehr- und Versuchsanstalt für Photographie, Lichtdruck und Gravüre zu München, in Nr. 140 der M. Post, geht uns vom Verband der Lithographen, Steindruck- und verw. Berufe (Gehilfenorganisation) mit dem Ersuchen um Veröffentlichung folgende Erwiderung zu: 1. Gewiß geschieht die Ausbildung nach einem bestimmten künstlerischen Maßstab, es mag auch sein, daß die mit Erfolg abgehenden Absolventen der Anstalt da oder dort glücklich unterkommen. Aber für die größere Mehrzahl der Absolventen ist dies nicht der Fall. Beweise, daß sie mitunter mit ganz geringen Gehältern ihre Laufbahn beginnen müssen, liegen vor. Um nur eines anzuführen, sei erwähnt, daß in einem hiesigen Postkarten-Geschäft ein Absolvent der Lehr- und Versuchsanstalt mit monatlich 40 Mk. arbeitet. Es liegt dies, wie sich erste Fachleute aussprechen, daran, daß nur Lehranstalts-Absolventen, also Leute, die noch nicht praktisch im Beruf tätig waren, immer erst einige Jahre volentieren müssen, um im Beruf vollwertig tätig sein zu können. Gute Anfangsgehälter sind des öfteren wieder herabgesetzt worden, weil die Absolventen im praktischen Betriebe den gestellten Ansprüchen nicht gewachsen waren. 2. Bei der Beurteilung des Arbeitsmarktes kommen für uns die lokalen Verhältnisse durchaus nicht stärker in Betracht als die des Reiches, sind doch die Arbeitsverhältnisse im Reiche vielfach schlimmer wie die am hiesigen Platze. 3. Neu erscheint uns, daß der Lichtdruck und Gravüre nicht zu den photomechanischen Fächern gehört! Wir stellen darum nochmals fest: Für Lichtdruck und Gravüre besteht die tarifliche Bedingung, daß jeder Absolvent, sofern er nicht zuvor im Beruf tätig war, eine zweijährige Volontärzeit durchzumachen hat. 4. Wir haben gegen die Lehr- und Versuchsanstalten nichts einzuwenden, soweit sie als Ausbildungsstätten in Betracht kommen. Aber entschieden müssen wir uns gegen jede marktschreierische Anpreisung wenden, die darauf hinausläuft, die Existenz derer zu gefährden, die in dem heute schon überfüllten photographischen Berufe tätig sind. Darum richten wir an die Väter, Vormünder etc. junger Leute wiederholt die ernste Mahnung, sich über die einschlägigen Verhältnisse genau zu informieren, ehe sie einen jungen Menschen einem der in Rede stehenden Berufe zuführen.

Auskunft erteilt die Filiale 3 der Photographen und Lichtdrucker des Verbandes der Lithographen, Steindruck- und verw. Berufe, Schillerstraße 30, Restaurant Goldener Anker.»

Mit vollem Recht ist hier seitens unserer Münchener Kollegen gegen die Art der Schülerwerbung Front gemacht und wäre es zu empfehlen, nicht nur in München sondern allorts gegen diesen Versuch, zu Gunsten gewisser Schulunternehmen alles Mögliche zu unserem Beruf heranzuziehen, vorzugehen. Sollte an anderen Orten für die Münchener Lehranstalt in ähnlicher Weise Reklame gemacht worden sein, so wollen die Ortsverwaltungen diesbezügliche Mitteilungen an die Filiale III Photographen und Lichtdrucker, des Verbandes der Lithographen, Steindruck- und verw. Berufe, München, Schillerstraße 30, Goldener Anker, gelangen lassen. Zu ähnlichen Praktiken der Berliner Lehranstalt nehmen wir im zweiten Artikel in nächster Nummer Stellung.

Ortsberichte.

Düsseldorf. Die letzte Monatsversammlung war von ca. 60 Kollegen besucht, von denen bis auf 17 (von 80 Chemigraphen) alles Steindruck- und Lithographen waren. Es muß betont werden, daß allmählich das Interesse der letzteren zugenommen hat. Das Hauptinteresse der Versammlung nahm ein Referat des Redakteurs O. Berten, hier, über die Reichsversicherungsordnung und die Parteien in Anspruch. Die Versicherungsgesetzgebung, wie sie war und ist, erläuterte Kedner vorzüglich. Die einst geprägten Worte vom Zuckerbrot und Peitsche könne man heute mit noch größerem Recht anwenden wie früher. Die Arbeiter sollen sich das Machwerk einmal näher ansehen und es wird ihnen klar, welche blasse Furcht die Arbeiter den herrschen Klassen eingeflößt haben. Die vordringende Arbeiterschaft muß mit Gewalt zurückgehalten werden. Das ist das Ergebnis der im Sinne der Junker und Pfaffen gehaltenen Reform. Gerade die »Volks-partei« und das Zentrum machte hier wieder den Judas und verkaufte die Arbeiterinteressen um felle Regierungs-gunst, um Herrschaft von Geld und Kirche. Diese

beiden Bundesgenossen sind die schlimmsten Feinde der Arbeiterbewegung. Darum raus mit diesen Volksverrätern aus dem Reichstag. Die Anwesenden dankten dem Referenten durch starken Beifall. — Im »Geschäftlichen« streifte der Vorsitzende eine Lohnbewegung bei der Firma Bagel, die durch das Verhalten der humanen Firma ergebnislos verlief. Weitere Mitteilung wird später an dieser Stelle gegeben. Außer einer Anregung, den Gau- und den Gewerkschaftsausflug bis auf den letzten Mann zu besuchen, kam auch der Buchdruckerkonflikt zur Sprache und wurde beschlossen, aus folgenden Gründen Protest zu erheben: 1. Sind die Prinzipale im Steindruckgewerbe fast durchweg identisch mit denen im Buchdruckgewerbe und umgekehrt. 2. Der Buchdruckertarif-Kommentarist für den Chemigraphentarif in sinnigere Anwendung zu bringen. Aus diesen beiden Gründen leiten die Kollegen gemeinsame Interessen heraus und protestieren gegen die Annahme des Tarifamtes, zu entscheiden, wer geeignet ist als Vertrauensmann der Arbeiter qualifiziert zu sein und wer nicht. Die Prinzipale würden einen solchen Spruch, der einen ihrer Vertrauensleute trafe, wohl ganz entschieden ablehnen. Tarifvereinbarungen dürfen nicht dazu führen, zweiseitige Rechte zu schaffen und die Vertrauensleute der Organisation zu diskreditieren. Die Versammlung erwartet, daß der Hauptvorstand und die Zentralkommission der Chemigraphen sich hierzu äußern, da zu befürchten ist, daß die Vertrauensleute in vorkommenden Fällen in dem Glauben sein könnten, nicht mehr so geschätzt zu sein und es deshalb an der bisherigen konsequenten Arbeitervertretung fehlen lassen. Die Versammlung ist der Ansicht, daß nur ein gut fundiertes Vertrauensmännersystem die Größe und Stärke der heutigen freien Gewerkschaftsbewegung bedeutet. G.

Anmerkung der Redaktion: Wir bezweifeln sehr, ob es praktisch ist, daß sich Hauptvorstand und Zentralkommission der Chemigraphen in den Tarifstreit der Buchdrucker einmischen. Schwarzseherei unserer Kollegen, daß sie als Vertrauensleute von unserem Verband nicht geschätzt werden, ist nicht am Platze. Denn bisher wurden unsere Mitglieder in ausreichendem Maße geschätzt und unterstützt und das wird auch in Zukunft der Fall sein. Und sollte ja einmal ein ähnlich gelagerter Fall, wie oben beschrieben, eintreten, so werden unsere Kollegenvertreter schon den richtigen Standpunkt einzunehmen verstehen.

Kattowitz. In der letzten Mitgliederversammlung wurde wieder einmal lebhaftige Klage geführt über Lohnunterbietungen bei Stellungnahme nach Sosnowice im polnischen Grenzgebiet. Besonders sind es immer die Leipziger Kollegen, die durch ihre Lohnforderungen, ohne vorherige Anfrage bei der Kattowitzer Ortsverwaltung, es verschulden, daß Streitigkeiten zwischen den Sosnowicer Prinzipalen und den dort beschäftigten Kollegen entstehen. Schon einmal wurde festgestellt, daß die Firma Becker, Materialienhandlung in Leipzig, sich darin gefällt, billige Arbeitskräfte unentgeltlich nach Sosnowice zu liefern. Eine Beschwerde darüber an die Leipziger Verbandsleitung soll bis heute noch beantwortet werden. Deshalb sei an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen, daß bei allen Stellenangeboten aus Oberschlesien oder dem polnischen Grenzgebiet, sei es durch Inserat oder Deckadresse (Kurt Schneider-Kattowitz!) stets unverzüglich bei der Ortsverwaltung Kattowitz anzufragen ist. Nur so kann es vermieden werden, daß Fälle vorkommen wie der letzte, wo der Chef dem Kollegen, der in ungekündigter Stellung steht, an der Hand von Angeboten beweisen konnte, daß er an seiner Stelle Leute um die Hälfte des bisher gezahlten Lohnes erhalten kann. Die Differenz betrug hierbei monatlich 100 bis 150 Mk.! — Und solche Fälle stehen nicht einmal vereinzelt da! Ist doch jüngst in Ratibor von einem alten Verbandskollegen eine Stelle mit 30 Mark Wochenlohn angenommen worden, die bisher immer mit 42—50 Mk. besetzt war. Auf diesbezügliche Anfrage, erklärte dieser Kollege, seine Ortsverwaltung habe ihm geraten, die Stelle anzunehmen ohne erst anzufragen, da 30 Mk. für Oberschlesien jedenfalls ein guter Lohn sei! Unter solchen Umständen müssen freilich alle Bemühungen der ober-schlesischen Kollegen um Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen scheitern. A.

Zu dieser Beachuldigung der Leipziger Verbandsleitung schreibt uns diese:

Durch diesen Versammlungsbericht wird die Meinung hervorgerufen, als drängten sich die Leipziger Kollegen nach den gesegneten Gefilden Oberschlesiens. Dem gegenüber steht fest, daß seit Jahren kein Kollege von Leipzig aus weder nach Kattowitz noch nach Sosnowice, in Stellung gegangen ist. Auch daß die Firma Rudolf Becker in Leipzig nach Sosnowice billige Arbeitskräfte vermittelt, trifft nicht zu. Im vergangenen Jahre ist wohl an Herrn Becker von der Sosnowicer Firma das Ersuchen gestellt worden, ihr einen Bleichdrucker zuzuweisen, die Lohnfrage ist aber dabei gar nicht erörtert worden und ein Engagement ist unseres Wissens nicht zustande gekommen. Wenn die Firma im Sosnowice sich damit brüsten, daß Becker in Leipzig für 28 Mk. Wochenlohn soviel Drucker vermittelt als die Firma nur haben will, so hat der Sosnowicer Unternehmer einfach geflunkert und der Firma Becker in Leipzig eine Gefälligkeit schlecht vergolten. Im Uebrigen sei bemerkt, daß

Photogr. Mitarbeiter.

Teil für die Interessen der Porträt-Photographen.
Zentralnachweis: Wilhelm Hünlein, Berlin N. 28.
Anklamerstr. 27, I. — Telefon-Amt III. 5246.

Auch eine Berichtigung.

Zur Notiz in der letzten „Umschau“ Herrn Emmerich und den Zentralverband betreffend (siehe Nr. 27 der Gr. Pr.), schreibt uns Herr Emmerich, daß der Zentralverband für die Organisation der Gruppe Berufsfotographie der Dresdener Ausstellung 1909 nicht das Geringste getan hat und erst auf den Plan getreten ist, als diese Ausstellung fertig und zu besuchen war. Ich habe diesen also nicht als *Vorspann* benützen können. Außerdem sei er mit Herrn Schlegel und dem Zentralverband nie befreundet gewesen. Wir hatten aber garnicht behauptet, Herr Emmerich hätte den Zentralverband zur Organisation der Ausstellung als *Vorspann* benutzt. Mit uns wird jeder, der damals die Fachpresse verfolgte, der Ansicht sein, daß Herr Emmerich mit der Tagung des Zentralverbandes für die von ihm organisierte Ausstellung Reklame machte. Weiter herrschte damals zwischen den beiderseitigen leitenden Personen in gewissen Fragen doch ein Einverständnis. Es schreibt Herr Emmerich in seinem Briefe an uns auch selbst, daß er als Organisator der Gruppe Berufsfotographie eine ganze Menge jener Arbeiten für den damaligen Photographentag übernommen hatte, die Rechtens wegen Herrn Schlegel obliegen gewesen wären. Herr Schlegel war aber damals noch zu wenig eingeführt und deswegen wurden sie von mir aus in Verbindung mit Dresden erledigt. Also eine Zusammenarbeit mit Herrn Schlegel fand statt, aber befreundet war Herr Emmerich mit diesem nicht! Mag Herr Emmerich selbst ergründen, mit welchem *Grade des Geneigtheits* er seine Zusammenarbeit mit Herrn Schlegel kennzeichnen will, wir haben dazu nicht mehr die Zeit und Lust. Unsere Leser werden aber verstehen, was wir mit dieser Bemerkung treffen wollten. — Herr Emmerich macht in seinem Schreiben auch einige Bemerkungen die gar nicht zur Sache gehören und gehen wir hier deshalb auch nicht darauf ein. Sie kennzeichnen nur die Nervosität, in der sich Herr Emmerich zurzeit zu befinden scheint.

Redaktionswechsel.

Am 30. Juni legte der Kollege Walter die Redaktion des österreichischen Gehilfenorgans, der „Photographischen Presse“ nieder, nachdem er dieselbe 14 Jahre lang auch unter anderem Titel in vorzüglicher Weise geleitet hat. Die österreichischen Kollegen sind dem Kollegen Walter für die langjährige Verfechtung ihrer Interessen zu großem Dank verpflichtet.

Die Redaktion der Photographischen Presse hat vom 1. Juli Kollege Poppovic übernommen. Die neue Redaktions-Adresse ist Wien XII/4.

Die Bedeutung der Farbenphotographie für die Wissenschaft.

Auf dem internationalen Kongreß für Photographie in Dresden wurden, wie der „Kosmos“, Handweiser für Naturfreunde (Stuttgart) in seinem sehr reichhaltigen 5. Hefte berichtet, von Fambach durch Farbenbilder nach dem Lumière-Verfahren pathologisch-anatomische Präparate von Hauttieren gezeigt. Es wurde dadurch nachgewiesen, daß die Farbenphotographie dazu dienen kann, solche Präparate dauernd vollkommen unverändert festzuhalten, während selbst die vollendetste Präpariertechnik nicht imstande ist, Form und Farbe der Präparate zu konservieren.

Von hoher Bedeutung ist die Lumière'sche Naturfarbenphotographie auch für die mikroskopische Vorführung histologischer und pathologischer Präparate insofern, als sie es ermöglicht, bestimmte Stellen des Präparates, die bei direkter Mikroprojektion nur schwer schnell auffindbar wären, dauernd im Bilde festzuhalten und jederzeit in voller Farben- und Formtreue vorzuführen. Da zur möglichst vollkommenen mikroskopischen Darstellung eines Gegenstandes oft ganz besondere Beleuchtungsmethoden angewendet werden müssen, die aber mit der Mikroprojektion allein verwendbaren Beleuchtung nicht übereinstimmen, so entstanden oft große Uebelstände und mangelhafte Projektionsbilder. Wertvolle Präparate, deren Neuherstellung vielleicht niemals mehr genau so möglich ist, verfielen auf diese Weise den wichtigen Zweck des Bekanntwerdens für das Studium vieler.

Das kann jetzt vermieden werden, wenn man mit der Beleuchtung, die für die Wiedergabe der Einzelheiten am vorteilhaftesten ist, Aufnahmen auf Farbenplatten macht und diese statt der Präparate projiziert. Man kann sogar die Farbaufnahme für alle Fälle gegen Verächtung oder Verlust dadurch sichern, daß man eine Duplikatautochromie anfertigt, was mit einem besonders gebauten Vielfachapparat jederzeit geschehen kann. Wie die Hochschulen bisher Sammlungen von Präparaten anlegten und fortwährend ergänzten, so wird

nügend auf Reinlichkeit geachtet wird, — sehr gefährlich werden können. Zu diesen Chemikalien gehören Cyankali, Aetzkali, Salmiakgeist, Natron, Alaun, Chromkali, Chromamon, Formalin und andere. Durch die zuletzt genannten kommen nun Krankheiten, von denen besonders die Präparateure und Lichtdrucker befallen werden, für diese Betrachtung in Frage.

Die Chromkrankheit ist eine Hautkrankheit, hervorgerufen durch die Arbeit der Lichtdruckpräparateure, zu der immer Chromkali und Chromamon verwendet werden muß. Hat nun der Präparateur irgend eine Wunde an den Händen und achtet während der Arbeit nicht darauf, dann dringen diese Chemikalien, die im flüssigen Zustande verbraucht werden, in die Wunde und zersetzen das Blut. Die Unreinlichkeiten, die nun im Blute sind, will der Körper natürlich wieder ausscheiden und dies geschieht, indem an irgend einer Stelle des Körpers eine Hautkrankheit, ähnlich der bekannten Krätze entsteht. Die Kollegen die einmal das Pech hatten, werden diese Krankheit, so lange sie im Berufe tätig sind, nicht mehr los. Die Ärzte haben keine Mittel, die schädlichen Stoffe aus dem Körper heraus zu treiben; in den meisten Fällen sagen sie dem Kranken, daß er seinen Beruf aufgeben muß, wenn er von der Krankheit befreit werden will. Der Zustand ist auch in manchen Fällen so schlimm, daß diese Kollegen sich nicht einmal in dem Raum, der zur Präparation dient, aufhalten dürfen. Sie werden von den verdunsteten Dämpfen, die in der Luft sind, wieder infiziert und haben von neuem zu leiden. Leider gibt es noch keine Chemikalien, die für Chromkali und Chromamon angewandt werden können. Eine andere Krankheit entsteht durch die Behandlung von Formalin. Dieses tauchte vor Jahren als neues Mittel zum Härten der Lichtdruckplatten auf, jetzt wird es wohl allgemein verwandt und hat somit die anderen Härtungsmittel zum größten Teil verdrängt. Dieses Formalin hat aber eine ganz eigenartige Wirkung auf die Gesundheit der Personen, die damit arbeiten müssen. Zunächst arbeitet man längere Zeit, meist länger als ein Jahr, ohne irgend etwas zu merken, dann aber entstehen unter den Fingernägeln kleine Blasen, die sich öffnen und nun merkt der Lichtdrucker erst, daß er von Formalin infiziert ist. Die Giftstoffe, die die weiche Haut unter den Fingernägeln zerfressen haben, dringen nun weiter in den Körper und setzen sich dort ebenfalls fest. In den meisten Fällen zieht sich diese Krankheit zunächst über die Hände und macht so ein Weiterarbeiten mit Formalin unmöglich. Ein Versuch mit Gummihandschuhen, der nebenbei sehr teuer ist, weil das Formalin auch diese zerfrißt, wird meist aufgegeben, weil es zu umständlich ist, bei jedem Wischen die Handschuhe anzuziehen. Die Krankheit selbst kann dann erst zum Stillstand gebracht werden, wenn der Lichtdrucker seinen Beruf aufgibt.

Auf eine neue Erscheinung möchte ich die Kollegen hierdurch noch aufmerksam machen. Es ist jetzt ein Fall vorgekommen, daß ein Kollege Augenkrank wurde. Er behauptet, daß seine Netzhautentzündung eine Folge der Arbeit mit Formalin ist. Nach 14 tägiger Hauskrankheit hatte sich das Leiden gehoben und es wird nun darauf ankommen, ob beim Weiterarbeiten die Augentzündung wieder erscheint. Sollte es möglich sein, daß Formalin so in den Körper eindringt, daß die Augen und schließlich alle wichtigen Organe des Körpers angegriffen werden, dann wäre es die höchste Zeit, die Frage zu erörtern, ob Formalin überhaupt noch als Härtungsmittel beim Lichtdruck verwendet werden darf, oder ob man wieder zu den alten, weniger gefährlichen Mitteln zurückgreift. In den meisten Fällen wissen die Ärzte nicht, woher diese Krankheiten entstehen und haben schon die widersprechendsten Diagnosen aufgestellt. Darum ist es Pflicht aller Kollegen, die wegen dieser Krankheiten den Arzt zu Rate ziehen, diesen auf die Wirkungen der genannten Chemikalien aufmerksam zu machen, damit die Ärzte sich für die Sache interessieren und die Behandlung darnach einrichten.

Wir werden auch dazu übergehen müssen, in einzelnen schlimmen Fällen ärztliche Gutachten zu besorgen, um den wissenschaftlichen Nachweis zu erbringen, daß Formalin ebenso wie andere Gesundheitsschädigende Stoffe (Blei, Phosphor etc.) behandelt und für den Beruf verboten werden. Wenn letzteres vielleicht sehr schwer ist, weil das Lichtdruckgewerbe im Verhältnis zu anderen Gewerben nur verschwindend klein ist, dann müssen wir zur Selbsthilfe greifen und das Formalin als nicht vorhanden betrachten. Was früher Jahrzehnte hindurch möglich war, muß auch jetzt bei energischen Willen der Kollegen möglich sein.

Bis zu diesem Schritt, den wir gemeinsam vornehmen müßten, möchte ich allen Lichtdruckern den Rat mit auf den Weg geben, wenn irgend möglich Formalin zu meiden. Es ist möglich ohne dieses Mittel zu arbeiten. Bei Gebrauch desselben muß aber jedem die größte Reinlichkeit zur Pflicht gemacht werden. Sorge jeder Kollege dafür, daß er an seinem Platze stets Wasser und Seife zur Verfügung hat, dann wird ihm das Formalin wenigstens nicht so schnell etwas anhaben können.

...zt....

die hiesigen Materialhandlungen, wenn sie von auswärtigen Geschäftsfreunden um Vermittlung von Personal gebeten werden, sich in der Regel an unseren Arbeitsnachweis wenden, und die Vermittlung dann durch diesen geschieht, wobei ein Lohndruck selbstverständlich ausgeschlossen ist. Was nun den Fall „Ratibor“ betrifft, sind wir der Meinung, daß es wohl keine Ortsverwaltung geben dürfte, die in der angeführten Weise handelt. Es kommt allerdings sehr häufig vor, daß Kollegen die gegen unser Auskunftswesen verstoßen, solche und ähnliche Ausreden gebrauchen, geht man aber der Sache auf den Grund, dann stellt sich heraus, daß sie geschwindelt haben und auf die Leichtgläubigkeit der Zahlstellenverwaltung wo sie zu reiten, spekulierten.

Verwaltung Leipzig.
(Anmerkung der Redaktion: Wir möchten hierbei wiederholt alle Kollegen darauf hinweisen, daß nach den statistischen Bestimmungen in allen Fällen Auskunft bei dem in Frage kommenden Ortsvorstand eingeholt werden muß. Und zwar nicht nur, wenn der Ort gewechselt wird, sondern auch, wenn man am gleichen Ort von einem Geschäft in ein anderes eintreten will, selbst wenn der Kollege schon einmal in diesem Geschäft gearbeitet haben sollte. Denn es können sich in der Zwischenzeit die Verhältnisse wesentlich geändert haben. Diese Auskunftseinholung liegt im Interesse der Kollegen und des ganzen Berufes, weshalb wir dringend erachen, dieser Statbestimmung in allen Fällen nachzukommen, dann werden auch solche Fälle, wie sie oben geschildert sind, nicht mehr vorkommen.)

Selb 1. Bayern. In unserer letzten Mitgliederversammlung, die auch von Kollegen aus Arzberg, Hof und Rehau besucht war, gab Kollege Billmann, Nürnberg Bericht über den Dresdner Gewerkschaftskongreß. Der Referent entledigte sich seiner Aufgabe in vorzüglicher Weise und fand aufmerksame Zuhörer. Es wurde der Wunsch laut, daß in unseren Versammlungen öfters belehrende Vorträge gehalten werden mögen und wurde uns auch vom Ortsvorstand weitgehendste Berücksichtigung und Unterstützung zugesagt. — Am 13. August soll in Eger ein Kollegentag arrangiert werden, der eigentlich schon voriges Jahr geplant war, im Interesse unserer Bewegung aber aufgeschoben werden mußte. Vor allem bemühen sich die Karlsbad-Altrohlaer Kollegen um die Verwirklichung dieses Planes, und wir können nur wünschen, daß sich die Kollegen der Umgebung alle daran beteiligen. K.

Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner und Maler.
Redigiert von Fr. Schmetter, Hannover.

Deutscher Lithographen-Bund in Liquidation.

Abrechnung vom 1. April bis 30. Juni 1911.

Einnahmen:		M.	¢
Kassenbestand am 30. März 1911		4174	27
Zinsen		45	40
Summa:		4219	67
Ausgaben:		M.	¢
Krankengeldzuschuß:			
166 Tage à 1,— Mk.	166	—	—
62 „ à 0,66 „	40	92	—
68 „ à 0,33 „	22	44	—
Depot-Gebühr	2	50	—
Porto und Zeitversäumnis	2	90	—
Honorar (Geschäftsführer)	15	—	—
Kassenbestand am 30. Juni 1911	3969	91	—
Summa:	4219	67	—

Nürnberg, den 3. Juli 1911.
Für die Richtigkeit:
Die Revisoren
Fr. Löfflein, Geschäftsführer.
Beisitzer: Tobias Oh. A. Schulz.

Die photomed. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktions-Photographen, Lichtdrucker, Kupferstecher u. -Drucker.

Berufskrankheiten im Lichtdruck-Gewerbe.

Zu den Berufen unseres Verbandes, die von Berufskrankheiten heimgesucht werden, kann man jetzt auch die Lichtdrucker zählen. Es tut not, über diese Krankheiten etwas zu sagen, um alle Lichtdruckkollegen zu warnen und möglichst vor Schaden zu bewahren.

Die Kollegen im Lichtdruckgewerbe arbeiten mit vielen Chemikalien, die für die Gesundheit unter besonderen Umständen, — vor allem, wenn nicht ge-

man immer allgemeiner auch Sammlungen von Autochrombildern errichten, von denen man für wenige Mark je eine Vervielfältigung herstellen kann, während die Neuanfertigung eines Präparates bedeutende Summen kosten würde. K. K.

Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher, Tapeten-, Linoleum-, Wachstum-, Zeug- und Seidendrucker. Arbeitsnachweisführer: C. Schubart, Berlin-Lichtenberg Rittergutstr. 24.

Gegen die Sonderorganisation der Tapetendrucker.

Bekanntlich haben einige Streber die Beschlüsse unserer Hamburger Generalversammlung dazu benutzt, eine Sonderorganisation für Tapetendrucker ins Leben zu rufen. Mit dem Hinweis auf die hohen Beiträge in unserem Verband und weil die Hamburger Generalversammlung die beantragten Staffeldbeiträge abgelehnt habe, betreiben sie ihre Agitation. — Zur Sachlage nahmen die beiden Zentralvorstände des Verbandes der Lithographen, Steindruck und verwandten Berufe und des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands Stellung und versenden soeben an die beiderseitigen Ortsverwaltungen nachstehendes Rundschreiben:

Die Drucker in den Tapeten-, Wachstum- und Linoleumfabriken Deutschlands werden seit einiger Zeit durch Flugblatt und Zirkular aufgefordert, einem Verbands der Tapeten-, Wachstum- und Linoleumdrucker Deutschlands, Sitz Berlin, als Mitglied beizutreten. Dieser Verband ist im Oktober vorigen Jahres von einer Anzahl Drucker gegründet worden, die angeblich über die Ablehnung der Anträge auf Staffeldbeiträge der letzten Generalversammlung des Verbandes der Lithographen und Steindrucker unzufrieden waren und nun den Zeitpunkt zur Gründung eines Gegenorganisationens der Drucker für gekommen erachteten. Zu einer Zeit, in der auf gewerkschaftlichem Gebiet alles nach Zusammenfassung der Kräfte drängt, glaubten diese Herren es auf sich nehmen zu können, durch eine weitere Zersplitterung

die Gewerkschaftsbewegung zu schädigen. Dem Vorschlag auf Uebertritt in den Fabrikarbeiterverband begegnete man mit dem Einwand, daß in dem großen Verband ihre speziellen Berufsinteressen nicht in wünschenswerter Weise gewahrt werden könnten; auch würden sie dann vom Fabrikanten als Fabrikarbeiter angesehen und dementsprechend behandelt und entlohnt. Der Anschluß an den Fabrikarbeiterverband bedeute ein »Herabsteigen« der Drucker.

Nun ist eine namhafte Anzahl Tapeten-, Wachstum- und Linoleumdrucker seit Jahren in dem Fabrikarbeiterverband organisiert und hat durch diesen eine erhebliche Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage erzielt. Es liegt an den Druckern selber, daß ihre Interessen in dem Verbands noch mehr gefördert werden. Die Schuld, daß nicht noch mehr geschehen, trifft diejenigen, die den Weg zu einer Organisation bisher überhaupt noch nicht gefunden haben.

Um eine nicht im Interesse der Drucker liegende Zersplitterung der Kräfte zu vermeiden, nimmt der Verband der Lithographen und Steindrucker von der weiteren Agitation unter den Druckern der Tapeten-, Wachstum- und Linoleumbranche Abstand und überläßt diese dem Fabrikarbeiterverbände. Zur Schaffung einer einheitlichen Organisation in diesen Branchen ist aber notwendig, daß alle Drucker usw. veranlaßt werden, in den Verband der Fabrikarbeiter als Mitglieder ein- resp. überzutreten. Der Uebertritt erfolgt unter Anrechnung der bisherigen Mitgliedschaft.

Weiter ersuchen wir, die Drucker in Tapeten-, Wachstum- und Linoleumfabriken vor dem Beitritt zu dem am 1. Oktober 1910 gegründeten Verbands der Tapeten-, Wachstum- und Linoleumdrucker Deutschlands, Sitz Berlin, zu warnen. Dieser Verband ist von seinen Gründern ins Leben gerufen, ohne die Beschlüsse einer weiteren Konferenz der Drucker, die auf der Konferenz im August 1910 in Hannover beschlossen worden war, abzuwarten. Der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ist der neue Verband nicht angeschlossen, und das kann auch nicht geschehen, da die beiden unterzeichneten Verbände dagegen Protest erheben würden. Die vielleicht ungewollte Wirkung dieser Organisations-Gründung — falls sie Boden gewinnt — ist, daß die Tapeten-, Wachstum- und Linoleum-

drucker und mit ihnen auch die in diesen Branchen beschäftigten Hilfsarbeiter auch weiterhin zur Ohnmacht verurteilt sind, weil die Zersplitterung in die verschiedenen Organisationen einen systematischen Vorstoß in allen oder einer Anzahl Betriebe unmöglich macht. Die Neugründung ist also Wasser auf die Mühle der Fabrikanten. Eine Organisation der Drucker kann aber auch bei der geringen Zahl der in Frage kommenden Arbeiter ohne Rückhalt an einem größeren Verbands den nötigen Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Mitglieder nicht gewinnen; bei der ersten Gelegenheit müßte sie bel den immer umfangreicher und hartnäckiger sich gestaltenden wirtschaftlichen Kämpfen ihre Leistungsfähigkeit erweisen. Die die Geschäfte der Unternehmer betreibenden Herren vom abgesonderten Verbands der Tapeten-, Wachstum und Linoleumdrucker Deutschlands, Sitz Berlin, weisen man entschieden zurück, auch wenn sie in der Form zur Ausfüllung eines Fragebogens behufs Aufnahme einer Statistik oder einer sonst harmlosen Weise an die Drucker herantreten.

Alle Tapeten-, Wachstum- Linoleumdrucker, sowie die in diesen Fabriken beschäftigten Hilfsarbeiter sind dem Verbands der Fabrikarbeiter Deutschlands als Mitglieder zuzuführen, in dem bereits seit langem neben den Hilfsarbeitern eine größere Anzahl Drucker organisiert ist und andre in der letzten Zeit ihren Uebertritt vollzogen haben. Der Fabrikarbeiterverband ist für die genannten Branchen als die einzig zuständige Organisation anzusehen.

Alle Funktionäre des Verbandes der Lithographen und Steindrucker werden ersucht, in obigem Sinne wirken und alle Adressen von Druckern, Farbmischern usw. der örtlichen Verwaltung des Fabrikarbeiterverbandes übergeben zu wollen.

Für den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands: August Bray, Vorsitzender.

Für den Verband der Lithographen, Steindrucker u. verwandter Berufe: Otto Sillier, Vorsitzender.

Indem wir dieses Rundschreiben hermit zur allgemeinen Kenntnis bringen, bitten wir die deutschen Kollegen, im Sinne dieser Aufklärungen zu handeln und überall ein wachsames Auge auf die Schädlinge der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung zu haben.

ROCKE'S HERMINOL übertrifft alle TROCKENMITTEL Generalvertrieb durch HAASE & KAISER, Leipzig

Alle Zuschriften

und Geldsendungen, die Insertion betreffend, sind nicht an die Redaktion sondern an die Expedition zu senden.

Stellenangebote

Graphische Fachklassen

Buchdruck, Satz, Lithographie, Steindruck, Photochemische Verfahren, Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Prospekte frei. Kunstgewerbeschule Barmen

Th. Sebald, Leipzig

Bedarfsartikel für Lithographie, Steindruck und Chemigraphie

- 58. Winkel, Stahl mit Knopf und gehobelter Facette. ungleich cm: 6x8 8x12 10x15 12x18 12x21 12x25 Mk.: —,80 1,50 2,50 3,— 3,50 4,— ngleich cm: 15x21, 15x25 15x30 18x30 25x40 Mk.: 4,50 5,— 5,50 6,— 7,— gleich cm: 6x6 8x8 11x11 13x13 16x16 18x18 Mk.: —,80 1,— 2,— 2,50 3,50 5,— vierkantige f. schräge Schriften m. durchsch. Fläche, je n. Größe schon zu Mk. 2,50 59. Wegziehfedern für enge Linien, aufgeschnitten mit 2 Nadeln 2,50 60. Ziehfedern (siehe Reißfedern). Bitte Abbild. zu verlangen. 61. Zirkel, Gravier-, Zeichen- und Federzirkel. 50 versch. Sorten mit Abbildungen, für alle Arbeiten. Spezialität: Parallelgravierzirkel. 62. Zinkdruckplatten zu Originalpreisen.

Als alter Fachmann bin ich in der Lage, nicht nur wirklich praktisches Werkzeug zu liefern, sondern auch alle Reparaturen an Maschinen und Werkzeugen sachgemäß ausführen zu können.

Alle anderen nicht angeführten Artikel liefere ebenfalls und stehe bei größeren Aufträgen mit Spezialpreisen sowie Abbildungen zu Diensten.

- 63. Alphabete, kleine 15 Hefte zu je 12 Tafeln a Mk. —,60 Petzendorfer, 144 Foliatafeln geb., neue Ausgabe 21,— Heim, 15 Tafeln 12,— Moderne Graphik, 48 Tafeln 50,— sowie alle anderen Werke von Reblender, Reineck etc. 64. Merkantilarbeiten, Album lithographische 28 Hefte 6,— Sebald 1,50 moderne, Serie I Mk. 6,— Serie II 12,— amerikanische 10,— 65. Etikettenschatz, Heim 12,— 66. Lehrbücher, Fritz 40,— Sebald, Die Asphaltätzung 4,50 Freie Künste, Jahrgang 10,— sowie alle Werke, Malvorlagen, Ornamente etc., auch soweit vorhanden antiquarisch.

Fortsetzung folgt!

Tüchtige Maschinen - Retuscheure

sobald für dauernde Stellung gesucht. [300] Meisenbach Riffarth & Co., München.

Tüchtige Farbätzer

zu sofortigem Antritt gesucht. [360] Carl Siebe & Co., Leipzig, Täubchenweg 19.

Photograph

für Lichtdruck sofort gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften u. Lohnansprüchen erbeten an Sinsel & Co., O. m. b. H., Graphische Kunstanstalt, Leipzig-Oetzsch. [300]

Messingstecher

Mehrere tüchtige werden durch den Arbeitsnachweis gesucht. C. Schubart, Berlin-Lichtenberg, Rittergutstr. 24.

Stellengesuche

Nachschneider

Gelernter Golddr.-Graveur speziell für Strich und Auto. Firm im Korrekturenlöten und mit sämtlichen Maschinen d. Branche vollständig vertraut, sucht Stellung. [150] Carl Schmidt, Leipzig, Reitzenhainerstr. 23 IV. r.

Tüchtiger Strichätzer in der Autotypie bewandert, sucht sofort dauernde Stellung. Gefl. Offerten an P. Huhn, Magdeburg, Dreielgelstr. 1 II. l.

Jg. Auto- u. Strichätzer

bes. i. Maschinenätzen bewandert, sucht bald. Stellung. Kurt Thomas, Mannheim, Wallstadtstr. 64 bei M. Schöllig.

Verschiedenes

H. Durst's Spezial-Kopierfarbe

für Strich und Auto, und Durst's Tonätzfarben sind die Besten

Beweis: Fortwährende Nachbestellungen — Versand nach allen Staaten — Fabrikation und Export: E. Kurz & Co., (vorm. Locher & Kurz) graphische Kunstanstalt, Stuttgart, Bismarckstraße 55. [420]

„Matt-Lack“

Bestes, billigstes Farbenzusatzmittel gegen Kleben, Hart- und Blankwerden und Aufreißen der Abdrücke, Rinnen der Farbe, Spitzwerden der Zeichnung. Kein Kleben in der Prägepresse. Preis Kilo Mk. 3,50, bei 10 Kilo Mk. 3,— gegen Nachnahme. F. Hantke, Maschinenmeister, Hamburg 22, Wohldorferstr. 60.

Kleine Druckerei-Einrichtungen

fachmann. zusammengest., billig, Alexander Grube, Leipzig 4, Talstraße.

Fachliteratur

Der praktische Umdrucker. Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf. Der Aluminiumdruck (Algraphie). Von K. Weilandt. Preis inkl. Porto 85 Pf. Zu beziehen durch Conr. Müller, Schkeuditz.

Der Zinkdruck

als Ersatz für Stein, nach dem Verfahren v. Dr. O. C. Streckler, von Max Sehl, Karlsruhe i. B., Soffenstr. 160a. Preis 1 Mk.

Verbandsnachrichten

Die Mitgliedschaftsvorstände werden dringend ersucht den Aufenthalt oder die Adresse des Kollegen Franz Klökl, Lith., B.-N. 24758 aus Graz an Unterzeichneten gelangen zu lassen. Verwaltung Wiesbaden M. Wenzel, Niederwaldstr. 5 h. p. [135]